

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der Lübecker Volksbote erscheint am Sonntag (Festtagen) mit dem Namen „Die Neue Welt“ und ist durch die Expedition, Johannisstraße 56, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.50. Einzelhefte 50 Pf.

Die Anzeigengebühr beträgt für die erste Zeile 15 Pfg., für die folgenden 10 Pfg., für die zweite Zeile 10 Pfg., für die dritte 8 Pfg., für die vierte 6 Pfg., für die fünfte 5 Pfg., für die sechste 4 Pfg., für die siebente 3 Pfg., für die achte 2 Pfg., für die neunte 1 Pfg., für die zehnte 1 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Donnerstag, den 24. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Platz eine Beilage.

Eine lehrreiche Beförderung.

IV. Erben ist der Landgerichtspräsident Dr. Wyszomirski in Weuthen zum Reichsgerichtsrath ernannt worden.

Unsere Leser werden sich daran erinnern, daß das unter Wyszomirski's Leitung stehende Weuthener Landgericht am 23. September 1898 unsern wackeren und von den Behörden des ober-schlesischen Industrie- und Latifundienbezirks vielverfolgten Genossen Colporteur Johann Dylong wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung — Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurtheilt hat. Der Angeklagte war der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und wirkte für sie in Ober-schlesien. Im Mai vorigen Jahres verbreitete er in der Gegend von Skattowitz, Schwientochsowitz u. a. ein polnisches Flugblatt, das die polnischen Arbeiter zur Wahl eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten geneigt machen sollte. In diesem von Dylong nicht verfaßten, aber vor der Verbreitung durchgelesenen Schriftstück waren, wie dies bei Wahlflugblättern auch sonst nicht ungebrauchlich ist, die Farben recht kräftig aufgetragen. Nach Annahme des Landgerichts waren darin die Zoll- und Steuererhebung, die Befehlsbefugnisse und der Reichstag durch Behauptung unwahrer Thatsachen verächtlich gemacht worden. Das Landgericht in Posen erkannte wegen Verbreitung desselben Flugblattes auf nur 100 Mk. Geldstrafe.

Auf die Revision des Angeklagten hob am 29. November 1898 das Reichsgericht unter scharfer Kritik des Landgerichtspräsidenten das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Aus der Begründung dieser Entscheidung ist folgendes hervorzuhelien:

Das Urtheil enthält soviel Unfertigkeiten, daß es nicht aufrecht erhalten werden konnte. Das Urtheil läßt zunächst jeden Anknüpfungspunkt vermissen, ob das Landgericht selbst sich über die Grenze zwischen der Behauptung von Thatsachen und der Kritik resp. dem Ansprechen eines Urtheils klar geworden ist. Es sind doch Bedenken möglich, daß unter dem Vorwand der Behauptung von Thatsachen anspricht, nur allgemeine Urtheile zu vertheilen sind. Viel bedenklicher ist die Feststellung des subjektiven Thatsachenzustandes. Hier ist nur festgestellt, der Angeklagte hätte wissen müssen, daß die von ihm verbreiteten Thatsachen unwahr seien. Diese Feststellung schließt den Verdacht nicht aus, daß das Landgericht eine bloße Fahrlässigkeit für ausreichend gehalten hat. Bei der Steuererhebung ist zwar das Wissen des Angeklagten angenommen worden. Dies kann aber das Urtheil nicht tragen, zumal bei der exorbitant hohen Strafe — das Landgericht Posen hat wegen Verbreitung desselben Flugblattes nur auf 100 Mk. Geldstrafe erkannt — noch andere Momente maßgebend gewesen sein müssen. Bedenklich ist die Annahme, daß der Reichstag, soweit er Gesetze beschließt, als Staatseinrichtung angesehen worden ist, während eine solche nur in dem Bestehen der gesetzgebenden Körperschaft gefunden werden kann. Was endlich die Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit betrifft, so kann das Gesetz nur dann Anwendung finden, wenn es sich um wirklich existierende Anordnungen der Obrigkeit handelt.

Ueber das Urtheil des Reichsgerichts vom 29. November 1898 schrieb damals die „Köln. Volkszeitung“:

Man möchte wünschen, daß man in Leipzig häufiger in die Lage käme, sich mit einem Urtheil gegen Sozialdemokraten in solcher Weise beschäftigen zu können. Man ist doch gar zu häufig von Gerichtsverhandlungen und Urtheilen, daß man die Hände überm Kopf zusammenschlagen möchte. Es giebt verchiedentlich Richter, die durch ihre Urtheile und Urtheile den Anschein hervorriefen, als betrachteten sie sich gegenüber Sozialdemokraten als die Vertreter einer Klasse oder Partei. Kein Wunder, daß die Massen glauben oder sich leicht den Glauben heibringen lassen, unsere Justiz sei eine Klassenjustiz, ein Arbeiter komme bei ihr schlimmer weg, als ein reicher Mann und Unternehmer. Nichts aber könnte schädlicher sein, als wenn eine solche Ansicht in breiten Volksschichten Platz greife. Gerade der Richter sollte sich peinlichster Objektivität befleißigen und ängstlich auch nur den Schein vermeiden, als spiele bei seinem Urtheile seine persönliche politische oder soziale Anschauung eine Rolle mit. Wir wissen wohl, daß man der Sympathie mit der Sozialdemokratie beschuldigt wird, wenn man so etwas sagt, allein, das macht uns durchaus nicht irre. Wir glauben, daß man kaum mehr für die Sozialdemokratie thun kann, als wenn man Urtheile gegen ihre Anhänger fällt, welche die Kritik nicht vertrauen können und eine subjektive Beimischung haben. Gerade im Punkte des Rechtes hat das Volk ein feines Empfinden, und nichts erbittert mehr, als wenn dieses Empfinden verletzt wird. Man kommt nicht weiter damit, wenn man sagt: gegen die Sozialdemokraten müssen die Gesetze mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit angewandt werden. Das giebt eine Rechtspredigt ab irato (im Zorne). Auch ein Sozialdemokrat hat Anspruch darauf, daß auch ihm gegenüber der

Richter nichts sei, als ein Diener der Gerechtigkeit, nicht Parteimann oder Klassenvertreter.

Weniger Blätter bringen nun die Ernennung des Weuthener Präsidenten Wyszomirski zum Reichsgerichtsrath mit dem Urtheil des Reichsgerichts in Verbindung. Der „Reichsbote“ sagt, jene Ernennung gewinne noch ein besonderes Interesse. Zwischen dem Landgericht Weuthen und dem Reichsgericht schwebte zur Zeit eine lebhaft kontroverse über ein Urtheil, das das Landgericht gegen einen sozialistischen Agitator wegen Verbreitung eines gehässigen Flugblattes gefällt hat. Darin war auf eine scharfe Strafe dafür erkannt worden. Das Reichsgericht hatte dies Urtheil zurückgewiesen unter einer abprechenden Kritik desselben, von einstimmigen Beifall der gesammten radikalen und demokratisch ultraradikalen Presse fand. Gleichzeitig hatte aber auch, dem Vernehmen nach, der Justizminister Bericht eingefordert. Wenn nun der Präsident dieses vom Reichsgericht gebildeten Landgerichts jetzt selbst zum Reichsgerichtsrath ernannt wird, so scheint es nicht, daß die ministerielle Nachprüfung zu seinen Ungunsten ausgefallen ist. Wie es heißt, dürfte außerdem das Landgericht Weuthen bei seiner demnächstigen nochmaligen Verhandlung der Sache, die das Reichsgericht angeordnet hat, lediglich sein früheres Urtheil unter Zurückweisung der dagegen erhobenen Einwände erneuern.

Wer kann, so fragt das führende Centrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, dem „Reichsboten“ verrothen haben, daß das Landgericht Weuthen sein früheres Urtheil erneuern werde? „Das kann man doch erst wissen, wenn das Landgericht Weuthen auf's neue entschieden hat. Es steht allerdings nichts im Wege, daß das Landgericht wie früher entscheide; das ist sein Recht; das Reichsgericht kann dann abermals kassiren und die Sache an ein anderes Landgericht verweisen. Doch das ist eine Sache für sich. Viel wichtiger ist die Frage: welche Bedeutung hat unter den obwaltenden Umständen die Berufung des Weuthener Landgerichtspräsidenten an's Reichsgericht? Nach den genannten Blättern wäre diese Berufung eine Art Misstrauensvotum des preussischen Justizministers gegen das Reichsgericht. Der Justizminister soll eine „Nachprüfung“ des Weuthener Urtheils vorgenommen haben, die zu dessen Gunsten und zu Ungunsten des Reichsgerichts ausgeschlagen wäre! Wenn die in Rede stehende Deutung der Berufung des Präsidenten Wyszomirski richtig wäre, so würde es sich um einen Vorgang sehr ersten Charakters handeln, an dem die öffentliche Meinung nicht gleichgültig vorübergehen darf. Eine Aeußerung des Justizministers kann gegenüber so bestimmt auftretenden Behauptungen unmöglich ausbleiben; sie herbeizuführen wird eventuell die Berathung des Justizrats im preussischen Abgeordnetenrathe eine Gelegenheit bieten. Herr Dr. Wyszomirski hatte die Stelle als Präsident des Landgerichts zu Weuthen erst seit dem Jahre 1897 inne.“

In der Zeit der Zuchthausvorlage, der Vieleselber und Deynhäuser Reden, erscheint die Ernennung Wyszomirski's als ein neuer Beleg für die Schneidigkeit des neuesten Kurses, der den Kampf gegen den Umsturz als höchste Aufgabe betrachtet und Verwaltung wie Rechtsprechung in diesem Geiste beeinflusst.

Die Arbeiterschaft wird aus dem Aufstiege des Weuthener Präsidenten ihre Lehre ziehen; sein Fall ist nicht der erste, er wird auch nicht der letzte sein.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbotes“.)

Berlin, den 24. Januar.

Aus dem Reichstag. Der Staatssekretär Graf Posadowsky erhielt heute endlich nach fünftägiger Verhandlung sein Gehalt bewilligt. Dem Bewilligungsact ging noch eine fünfstündige sozialpolitische Debatte voraus, die Herr Adolf Stöcker einleitete. Der theure Gottesmann ist recht alt geworden in den letzten fünf Jahren, die er dem Reichstag nicht mehr angehört hat. Seine Züge sind etwas erschläfft, seine Stimme hat die frühere Wucht nicht mehr, aber sein Haß gegen die Sozialdemokratie ist der alte geblieben. Herrn Stöckers Rede fesselte das Haus von Anfang an, denn er ist eine starke Persönlichkeit und ein kluger Kopf, der alle seine Nachbarn auf der rechten Seite an Geist bedeutend überragt. Seine Klugheit sagt ihm auch, daß mit Unterdrückungsmaßregeln die

Sozialdemokratie am allerschwersten zu bekämpfen ist und so hörte man ihn manches Verständige sagen, ja häufig ertönte auch Befall auf der Linken, so als er gegen das Umsturzgesetz, gegen die Versuche, die Koalitionsfreiheit zu verkümmern, Front machte.

In der folgenden Debatte wurden vielerlei Spezialwünsche laut. Der freisinnige Abg. Müller, ein Amtsrichter aus Weiningen, wünschte den Beitritt Deutschlands zur internationalen Patentunion und zeigte an Beispielen aus seiner richterlichen Erfahrung, daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb — namentlich ein Gelegenheitsgesetz (Kleinstmüller's Recht) — seinen Zweck in keiner Weise erfüllt. Dann stimmten unsere Herren Horn, Albrecht, Koch und Schwarz ein bewegliches Klage-Quartett an über Mißstände in der Glas- und Porzellanindustrie, im Rangvertrieb, in der Konfektions- und Metall-Industrie. Das eingehende Material, das unsere Genossen vortrachten, veranlaßte den Staatssekretär zu wiederholten Malen, das Wort zu nehmen. Er hatte immer ein paar freundliche Worte zur Hand. Aber der Worte sind genug geschüttelt aus, Graf Posadowsky sollte endlich Thaten thun lassen.

17. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Posadowsky. Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt beim Spezial-Etat des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, zu dem ein Antrag des Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hospitalant der Antik) vorliegt. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu erlauben, als Beihülfe zu den Kosten der Errichtung eines Goethe-Denkmals in Straßburg i. E. den Betrag von 50 000 Mark durch Nachforderung in einem Ergänzungsetel für das Rechnungsjahr 1899 einzustellen.

Zweiter Abschnitt: Die Christlich-Sozialen, die ich hier vertritt sind der Ueberzeugung, daß man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen kann, wenn den sozialen Verhältnissen des Volkes nicht Rechnung geschieht. Sie wünschen die Erfüllung der Februarerlässe, die Anerkennung der Berufsvereine, aber auch die Errichtung von Einigungsämtern, während sie die Koalitionsfreiheit nicht angetastet wissen wollen. Da das doch Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten wäre. In den letzten Jahren ist es mit der sozialen Reform recht langsam vorwärts gegangen. Die soziale Gesetzgebung kommt nicht am Tempo, sondern an der Temperatur. Welch eine Begeisterung herrschte doch 1881—93 und dabei doch ein ausgeprochen christlicher Geist! Damals war die Förderung der Sozialgesetzgebung eine Bewilligungssache für unsern alten Kaiser, für unsern jungen Kaiser. Jetzt ist eine gewisse Kälte eingetreten, und mit kaltem Herzen kann man keine Reform machen. Betrachten wir einmal die geschichtliche Entwicklung: die englische Sozialdemokratie und der deutsche Liberalismus, beide haben Revolutionen gemacht; die deutsche Sozialdemokratie aber hat nur damit gedroht. Jetzt hat sie eingesehen, daß bei diesen behändigen Drohungen nichts herauskommt und einen vollständigen Frontwechsel durchgemacht. Auf dem Sonntagsparteitag hat Herr v. Vollmar gesagt: „Die Gummimärkten hätten dem Vaterlande besser gebiebt, wenn sie geschlafen hätten.“ So entwickelt sich jetzt die Sozialdemokratie positiv. Herr Schippel ist ganz offen für den Schutz der Arbeiter. Das ist doch wenigstens ein Anfang, und es wäre gefährlich, durch ein solches Geleit, wie es uns bevorsteht, die Gegner wieder in ihre alte Richtung zurückzudrängen. Derartige Urträge entspringen gerade dem nervösen Dilettantismus, vor dem Herr Graf Posadowsky warnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Terrorismus der Arbeiter ist gewiß sehr zu beklagen, besonders in sittlicher, religiöser Hinsicht. Es wurde mir vielfach gesagt, daß die Arbeiter nicht den Muth haben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen aus Furcht vor dem Spott ihrer Kollegen. (Nachen bei den Sozialdemokr.) Ich habe in den letzten Monaten von großen Strafen gelesen, die die Arbeiter für ihre Bedrohung Arbeitswilliger erhielten. Wir stehen doch also nicht so wehrlos da. Gerade in den sittlich, religiös und monarchisch empfindenden Kreisen des Volkes ist man sich ja noch nicht klar darüber, ob die Sozialdemokratie oder die Plutokratie die eigentliche Wurzel unseres Elends ist. Wenn wir gegen Gewalthatigkeiten der Arbeiter vorgehen, müssen wir auch die Sympathie der Ringe bekämpfen und die Arbeiter gegen schwarze Listen schützen. Die Zahl der Streiks, wenn auch nicht die der Streikenden, hat allerdings zugenommen und die meisten, etwa 83 pCt., sind für die Streikenden günstig ausgefallen; ja, sie haben sogar oft die Sympathie aller auf ihrer Seite gehabt, wie z. B. der Streik der Mäntelherinnen. Man kann wirklich die Streiks nicht so ohne Weiteres als ehrlos bezeichnen, und der Schaden für die Industrie ist nicht allzu groß. Von 2 000 000 000 Arbeitslagen sind etwa 1 250 000 verloren gegangen. Herr Kollege Schreymp wünscht die Abschaffung des Streiks durch obligatorische Einigungsämter. Ich wünsche zwar auch Mittel und Wege zur gütlichen Einigung, halte aber Herrn Schreymp's Verlangen für utopisch. Dagegen ist eine Arbeitervertretung im Sinne der Februarerlässe nothwendig. Geforderte Arbeiterorganisationen sind unerlässlich. So brauchen wir eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Arbeiter u. s. w. Vor allem muß auch das Wohnungselend der großen Städte beseitigt werden. Auch die sittliche Erziehung der Jugend, (sittliche Heiterkeit) der Jugend ist von nicht zu unterschätzendem Werth. Ich appellire an das Gewissen aller Stände, mitzuwirken an dem Ausbau der Sozialreform auf sittlicher und christlicher Grundlage.

Abg. Dr. Müller (Weiningen (FvP.) möchte anregen, daß Deutschland endlich der internationalen Patentunion zum Schutz des gewerblichen Eigenthums, der sog. internationalen Patentunion, beitrete, der außer Deutschland z. B. nur noch Rußland nicht an-

gehört. Redner geht dann noch auf einige Mängel des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ein und führt aus seiner Erfahrung eine Anzahl Fälle an, die die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes beweisen. Er hält eine amtliche Uebersicht über die bisherigen Wirkungen dieses Gesetzes für sehr angebracht.

Vöckel (Wittb. Antif.) befragt die Einrichtung einer deutschen National-Bibliothek. Haffke (nat. lib.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Südpolarforschung, die bisher nur von privater Seite begonnen und gefördert worden ist. Als erste Rate zur Ausrichtung einer Südpolar-Expedition würden 200 000 Mk. genügen. Das Reich darf sich solchen moralischen Verpflichtungen nicht entziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert dem Abg. Müller, daß die Regierung lebhaft wünscht, Deutschland möchte der internationalen Patentunion beitreten. Die Verhandlungen werden wohl bald zu einem günstigen Ergebnis führen. Was das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb anbelangt, so ist dies ja noch neu und die Rechtsprechung daher noch nicht überall gleichmäßig und sicher. Das wissenschaftliche Bedürfnis einer Südpolexpedition wird vom Herrn Reichskanzler anerkannt, sie ist aber noch nicht Gegenstand der Beratung bei den verbündeten Regierungen gewesen. Die Kosten würden ca. 1 000 000 Mk. betragen, die auf 6 Etatsjahre zu verteilen wären. Auch England und Amerika bereiten für 1901 solche Expeditionen vor, so daß diese drei dann konzurrenz vorgehen könnten.

Horn (Soz.) (Soz.): Western ist so viel für die Interessen der Weinproduzenten gesprochen worden. Ich meine, was dem einen recht ist, ist dem andern billig; die Arbeiter haben genau dasselbe Recht auf Wahrung ihrer Interessen. Ich will heute nur speziell auf den Schutz der Arbeiter in Glashütten und Porzellanfabriken eingehen. Die Glasindustriellen haben stets geltend gemacht, daß ihre Industrie die Gesundheit der Arbeiter schädige, aber durch die Praxis werden derartige Behauptungen täglich widerlegt. Ich verweise auf die Broschüre des Genossen Schulz, der den Nachweis geführt hat, wie schlimm es zum Beispiel in den Luerkelsberg-Spiegelöfen aussieht. Die sanitären Verhältnisse in den Glashütten sind geradezu jammervoll. Infolge der schlechten Ventilation, des stets vorhandenen Schwefelbunkes und des Nischenstaubes sind Rheumatismus, Natarth, Schwindel unter den Arbeitern außerordentlich verbreitet. Die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiter in diesen Betrieben beträgt nach einer Statistik 35 Jahre. (Hört, hört!) Ebenso schlecht sieht es mit dem wirtschaftlichen Schutz der Arbeiter. Die Arbeitsordnungen enthalten oft Bestimmungen, die geradezu ungeschicklich sind. So sollen Schulden an den Kantienwirth bei Lösung des Arbeitsverhältnisses mit der Lohnauszahlung verrechnet werden, gleich als die Gewerbeordnung bestimmt, daß der Lohn in solchen Fällen sofort und ohne Abzug ausbezahlt werden muß. Redner führt noch eine Anzahl ähnlicher Fälle an, die beweisen, wie die Unternehmer selbst die wenigen zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen mißachten. Ich will auch darauf hinweisen, daß die Innehaltung der Sonntagsruhe in Glashütten und Porzellanfabriken viel zu wünschen übrig läßt. Auch die Arbeiter erlassen Bestimmungen mißachten. Ich will auch darauf hinweisen, daß die Innehaltung der Sonntagsruhe in Glashütten und Porzellanfabriken viel zu wünschen übrig läßt. Auch die Arbeiter erlassen Bestimmungen mißachten. Ich will auch darauf hinweisen, daß die Innehaltung der Sonntagsruhe in Glashütten und Porzellanfabriken viel zu wünschen übrig läßt. Auch die Arbeiter erlassen Bestimmungen mißachten.

Horn (Soz.): Der bisherige Verlauf der Debatte über die Sozialpolitik hat ergeben, daß eigentlich Niemand außer Herrn v. Stumm und etwa der Rechten vollständig damit einverstanden ist, wie die Regierung Sozialpolitik treibt. Trotzdem erklärte aber Graf Posadowsky, daß keine Ursache zur Unzufriedenheit vorliege und daß der Staat nicht Alle zu befriedigen vermöge. Darin hat er Recht, was die vergeblichen Bemühungen anlangt, die Sozialdemokratie zu vernichten. Die Arbeiter aber wissen genau, was sie vom Staat zu fordern haben und bestehen darauf, daß er seine Versprechungen auch erfüllt. Wenn aber auch die bestehenden Forderungen nicht erfüllt werden, haben die Arbeiter wohl Grund zur Unzufriedenheit. Alle Parteien des Hauses stimmen z. B. darin überein, daß die Gewerbeaufsicht an sich eine sehr segensreiche Einrichtung ist. Um so weniger begreifen es die Bauarbeiter, daß sie noch immer von der Gewerbeaufsicht ausgeschlossen sind. Sie existirt seit 1878; im Jahre 1890/91 wurde ihnen versprochen, sie unter Gewerbeaufsicht zu stellen, da 1878 an Bauarbeiter noch nicht gedacht worden war; aber das Versprechen wurde noch immer nicht erfüllt. Die Polizei hätte nun wenigstens die Pflicht, für die Ausführung der Schutzbestimmungen zu sorgen; aber das thut sie in keiner Weise. Das ganze Gesetz ist leider nur Buchstabe geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hierüber wird in allen Berichten der Gewerbeinspektoren Klage geführt und selbst Herr von Stumm hat anerkannt, daß die Polizei die ihr in dem Gesetz zugewiesene Aufgabe nicht erfüllen kann. Hierzu gehört ein sachverständiges Auge. Ein früherer Unteroffizier hat aber die Sachkenntnis nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In einzelnen Städten sind zwar besondere Beamte dafür eingesetzt worden, aber eine so verschwindend geringe Anzahl, daß sie nicht ins Gewicht fällt. Der betr. Abschnitt des Inf.-Verf.-Gesetzes ist ja nur auf unsere Anregung hin entstanden. Im ersten Entwurf fand sich dieser Punkt gar nicht, ist zwar schließlich aufgenommen worden, aber nicht ganz in unserer Sinne, weshalb wir dagegen stimmen. Es war falsch, die Kontrolle und die Ausführung des Gesetzes den Berufsgegenständen zu überlassen, also den Unternehmern selbst. Was aber da geleistet worden ist, ist ein reiner Hohn auf die Unfallversicherung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf jeden Kontrollen kommen 1638 Betriebe mit 69 000 Arbeitern. Auf jeden Betrieb fallen nun mehrere Bauten: man muß also die Unzulänglichkeit der Kontrolle zugeben. Zu den letzten 10 Jahren haben die Unternehmer nicht einmal den guten Willen gezeigt, etwas zu thun. Sie haben Alles veräumt. Ich will das reichliche Material, das ich für meine Behauptungen habe, hier nicht ausführlich vortragen. Es ist aber der Regierung unterbreitet worden; sie muß es kennen. Dem Präsidenten des Reichsverwaltungsamtes, Herrn Dr. Böttcher, ist z. B. eine Denkschrift der Dresdener Bauarbeiter überreicht worden, woraus er verriech, persönlich Alles zu thun, was in seinen Kräften stände. Obgleich er die Aufgabe noch schriftlich wiederholt hat, ist nichts gelungen. Ebenso wenig Erfolg hatte eine Deputation beim Reichskanzler. Eine Uebersicht über die Verhältnisse auf den Berliner Bauten lagt zur Genüge, wie die Sachen stehen. Dabei bestehen doch hier große Bauarbeiterorganisationen, die mit den Mißständen, so weit es möglich ist, aufgeräumt haben. Herr von Posadowsky hat selbst hier im Reichstage erklärt: die Zustände im Baugewerbe sind schlecht, die Klagen durchaus berechtigt. Wir werden von Reichswegen eine Aufforderung an die Einzelregierungen ergehen lassen zur strengeren Durchführung des Gesetzes. Das klingt recht arbeiterfreundlich. Aber wenn die Einzelregierungen etwas hätten thun sollen, warum haben sie es denn nicht längst gethan? Das Recht dazu hatten sie ja stets. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Versuche sind ja gemacht worden. Aber das genügt nicht. Es muß mehr geschehen! Was hat die preussische Regierung seit dem Ersuchen des Herrn Staatssekretärs gethan? Ich habe den Etat vergeblich hindert und nichts gefunden, was für die Durchführung des Gesetzes geschehen wäre. Mit der Ueberweisung an die Einzelregierungen hat der Reichstag able Erfahrungen gemacht. Die städtischen Verwaltungen könnten da besser eingreifen. Einzelne Städte haben ja darin etwas gethan; aber das sind verschwindend wenige Fälle. Was die Arbeiter brauchen und verlangen, das ist genaue Kontrolle überall. Wir sollen Vertrauen zur hohen Regierung haben? Wir hatten es. Aber trotz jener Unterredung mit dem Direktor des Reichsgesundheitsamtes war in dem Entwurf jener Novelle von all dem, was versprochen worden war, nicht die Rede. Und die Anträge, die in der Kommission dementsprechend von dem Sozialdemokraten gestellt wurden, wurden sämtlich abgelehnt. Das Verlangen nach einer strengen Beaufsichtigung der Bau- und Arbeitsplätze, der Gerüste usw. ist durch einen Beschluß

des Reichstages der Regierung vorgelegt worden; und Bebel erklärte: Angesichts der geradezu unangehörlichen Thatsachen, die eine Petition des Arbeiters Josef Fischer aus München aufdeckte, müsse dieselbe dem Reichskanzler als Material zu einer künftigen Uebersetzung des Unfallversicherungsgesetzes überwiegen werden. In diesem Tage traten die Redner der verschiedensten Parteien zusammen und erklärten sämtlich ihr Einverständnis mit dem Inhalt der Petition. Und was geschah hierauf, nachdem der Antrag Bebel einstimmig angenommen worden war? Der Reichskanzler veranlaßte, daß eine Erhebung angestellt werde. Bei dieser Erhebung wurden die Arbeiter überhaupt nicht gefragt, ebensowenig diejenigen Städteverwaltungen, von denen die Arbeiter die Einführung einer Bauaufsicht erzwungen hatten; gestraft wurden lediglich die Berufsgegenstände, von denen man wußte, daß sie nicht helfen wollten. Durch einen derartigen Widerstand gegen eine so selbstverständliche Forderung zeigt die Regierung ja nur, wie es mit ihrer Fürsorge für die Arbeiterklasse bestellt ist. Und das sage dann der Herr Staatssekretär wieder: Die Leute sind nur unzufrieden, weil sie gar nicht wissen, wie zufrieden sie eigentlich sein sollten! (Leb. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert dem Abg. Horn, er habe bereits in der vorigen Session erklärt, daß auf diesem Gebiete erhebliche Mißstände vorliegen. Aber mit dem Reichskanzler an die Regierungen, daß sich sehr detailliert mit allen Einzelfragen beschäftigt, sei alles geschehen, was nach Lage der Sache geschehen konnte. Die Ausführung sei Sache der Einzelregierungen. Die Herren von der Sozialdemokratie mögen zunächst einmal das Resultat seines Rundschreibens abwarten.

Mugst (Libd. Vp) fragt den Staatssekretär, was die Regierung gegen den Mangel an ländlichen Arbeitern zu unternehmen gedenke.

Staatssekretär Graf Posadowsky sieht nicht ein, wie so etwas von Reichswegen geschehen könne.

Ulbricht (Soz.): Wenn Herr Stöcker gesagt hat, er reue sich, daß wir Sozialdemokraten nicht mehr so revolutionär sind, sondern mehr reformatorisch handeln wollen, so könnte ich mit Recht sagen, der ganze Reichstag scheint sozialdemokratisch werden zu wollen. (Weiterkeit.) Es war ja hier ein förmliches Wettlaufen bei allen Parteien um die Gunst des armen Mannes. So ungefähr aber war das auch vor drei Jahren bei dem Konfessionsarbeiterkreise. Und heute? Da herrscht das gleiche Elend in der Konfessionsindustrie wie vor drei Jahren. Redner giebt nun ein Bild der Zustände in der Konfessionsbranche. Die Arbeitszeit beträgt teilweise 16 Stunden; so meldet der Gewerbeinspektor aus Nippen: 25 pCt. aller Kräftearbeiten in dieser Industrie sind Kräftearbeiten der Abwärmungsorgane und das ist noch zu wenig — ich bin Fachmann — man kann da gut 50 bis 60 pCt. annehmen. Die Verordnung der Regierung hat ihren Zweck nicht erfüllt; sie trifft nur die größeren Werkstätten und bewirkt, daß die Arbeit aus diesen in die Heimarbeit übergeführt wird. Ein Unternehmer beschäftigt nur 120 bis 140 männliche und weibliche Arbeiter in Werkstätten, etwa 400 in Heimarbeit. (Hört, hört!) Herr von Posadowsky hat ein allmähliches Vorgehen in der Sozialreform empfohlen; wenn sie dasselbe Tempo einhalten sollte wie in der Konfessionsindustrie, dann werden allerdings noch Generationen in Elend verkommen. Redner tadelt sodann die Art, wie im Allgemeinen der Bericht abgefaßt wird. Das deutsche Reich sollte wahrlich im Stande sein, die Berichte der Abgeordneten gedruckt zugehen zu lassen, damit sie sehen, wie es den Arbeitern eigentlich geht. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Schwarz (Libd. Vp): Der Abg. Müller-Dortmund hat die Behauptung aufgestellt, der Terrorismus der Arbeitgeber in Lübeck sei eine Folge des Terrorismus der Lübecker Arbeiter. Dieser Behauptung muß ich auf das Nachdrücklichste widersprechen. Die Lübecker Arbeiterschaft ist nichts weniger als terroristisch gesinnt. Wohl ist sie stolz auf ihr entwickeltes Klassenbewußtsein und ihr Solidaritätsgefühl, aber sie hat eine viel zu gute Schule dadrück gemacht, als anders denn mit Besonnenheit und Anse ihr gutes Recht zu verfolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So lange wir in Lübeck keine Großindustrie hatten, so lange der Kaufmann herrschte und die Kleinindustrie blühte, so lange haben wir so gut wie keine Verwicklungen zwischen Unternehmer und Arbeiter gehabt. Lübeck's Arbeiterschaft war es auch, die im Cholerajahre die Behörden in ihrem Bestreben auf das Kräftigste unterstützte, die aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen. Wie es aber mit dem Terrorismus der Unternehmer in Lübeck steht, das hat mein Kollege Warm bereits angedeutet. Ein Former war auf einer Eisengießerei beschäftigt; die Lübecker Maschinenbauanstalt bot ihm bessere Arbeit und höheren Verdienst an. Der Mann wollte keine Lage verbessern, gab die alte Stelle auf und nahm die neue an. Es ist doch kein Terrorismus, wenn ein Arbeiter seine Lage verbessern will! Was aber thaten die Unternehmer? Am 4. Juni 1897 richtete der Lübecker Arbeitgeberverband ein Schreiben an die Lübecker Maschinenbau-Anstalt, worin ihr aufgegeben wurde, innerhalb dreier Monate den Former nicht zu beschäftigen. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten, weil er ohne jeden Grund die alte Arbeit verlassen hätte. Ich möchte gern einmal die Meinung des Herrn Staatssekretärs über diesen Fall hören. Ist das hier Terrorismus, oder ist das keine? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts des Terrorismus der Lübecker Fabrikanten ist die Ruhe der Lübecker Arbeiterschaft bewundernswürdig. Jener Arbeitgeber-Verband ist ein Produkt der Neugier, eine Nachahmung ähnlicher Institutionen. Er hat als schärfste Waffe einen Arbeitsnachweis geschaffen. Als Schreiber fungirt in diesem ein pensionirter Polizeiwachtmeister. Seine Pension erhält er zwar aus dem Steuerfiskus der Arbeiterschaft Lübeck, aber das hindert ihn nicht, sich herauszunehmen, die Lübecker Arbeiterschaft in wahrhaft brutaler Weise zu behandeln! Als auf dem Frankfurter Kongreß des freien Hochstaates die Frage des kommunalen Arbeitsnachweises erörtert wurde, diskutirten auch die Lübecker Arbeiter die Frage: Welche Form des Arbeitsnachweises die beste sei. Schon damals machte sich in ihr eine Ertönung für den kommunalen Arbeitsnachweis geltend. Nur die kleineren Gewerkschaften bekämpften diese Forderung als bureaukratisch. Inzwischen errichteten die Unternehmer ihren Nachweis. Würde er loyal gehandhabt, so hätten die Arbeiter nicht viel gegen ihn. Das ist aber, wie gesagt, durchaus nicht der Fall. Nun, die Lübecker Arbeiter werden den Unternehmern zu gelegener Zeit schon die Rechnung präsentieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Müller hat auch auf die Bewegung der Former hingewiesen und behauptet, daß die Weigerung von Formern, die Modelle einzuführen, es einer Reihe von hannoverschen Fabriken unmöglich gemacht hätte, zu rechter Zeit zu liefern. Ich gebe das zu, will aber hinzufügen, daß nach einem neueren Beschluß der Leitung des Formerverbandes künftig von einer Zurückweisung der Modelle keine Rede mehr sein wird. Die Former haben erkannt, daß die Fabrikanten, um das Kampfgebiet zu vergrößern durchaus nicht so unglücklich darüber sind, wenn in anderen Städten das Formen von Modellen verweigert wird. Die Former wissen, daß damit nur ihre Kämpfe erschwert werden. Die Lübecker Formerchaft ist seit 1871 organisiert, sie hat mit diesen Kämpfen nichts zu thun, nur 1874 oder 1875 ist es zu einzelnen Kämpfen gekommen. Der letzte Formerstreik in Berlin ist auf Grund der Beschlüsse des Einigungsamtes geschlichtet worden. Von verschiedenen Seiten wird mir mitgeteilt, daß manche Unternehmer diese Beschlüsse nicht mehr befolgen. Zu einem Streik wird es aber nicht kommen, da die streitigen Punkte durch das Entgegenkommen der Fabrikanten beseitigt sind. Zum Schluß will ich mein Bedauern über die Erklärung des Staatssekretärs nicht zurückhalten, daß eine neue Seemannsordnung dem Hause nicht in dieser, sondern erst in der nächsten Session zugehen soll. Die Frage ist längst spruchreif. Schon 1897 hat Herr v. Böttcher erklärt, daß die neue Seemannsordnung das Stadium der Beratungen verlassen habe und sich auf dem Wege zu den verbündeten Regierungen befände. Das ist jetzt zwei Jahre her. Graf Posadowsky meinte,

daß man sich den Vorbereitungen zu der Südpol-Expedition seit 2 Jahren widme. Die Schaffung einer Seemanns-Ordnung scheint wirklich schwieriger zu sein, als die Erforschung des Südpols (Weiterkeit.) Wo können wir hin, wenn wichtige Vorlagen so auf die lange Bank geschoben werden. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß eine Revision der Seemanns-Ordnung dringend notwendig ist. 44 000 Seeleute warten darauf seit Jahren, daß dieses Gesetz dem Reichstage vorgelegt wird. Die Aufgabe für die Regierung ist ja auch nicht schwer. Herr v. Böttcher hat ja schon erklärt, daß die neue Seemannsordnung bereits 1897 fertiggestellt worden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Titel I: „Staatssekretär“, bewilligt.

Beifall bemerkt.

Müller (W.): Der Abg. Schwarz hat, wie ich glaube, einen neuen Fall aus Lübeck angeführt, nicht den, den damals der Abg. Warm in seiner Rede vorgebracht hat und auf den ich damals erwidert habe. Ich erkläre, daß ich mich in der Arbeiterschulskommission stets als Gegner der schwarzen Listen bekannt habe. Der Terrorismus der Arbeitgeber aber ist nur eine Folge des Terrorismus seitens der Arbeiter.

Nächste Sitzung Mittwoch, 1 Uhr: 1) Antrag Hompesch (Z.) Aufhebung des Zehntengesetzes; 2) Fortsetzung der Beratung des Antrages Nigler (Z.), betreffend die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte; 3) Antrag Nigler (Z.) auf Abänderung des Reichstagswahlgesetzes; 4) Antrag Peul (W.) auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Krisis? Zur Abwechslung wird wieder einmal eine Kanaklerkrisis in Aussicht gestellt. Dank Chlodwig vollendet am 31. März d. J. sein 80. Lebensjahr, und er soll, wie es heißt, diese Gelegenheit beim Schopfe nehmen wollen, um sich seitwärts in die Bläse zu schlagen. — Daß Hohentlohe amtsmüde ist, daran ist wohl nicht zu zweifeln, doch hat er sich bisher stets allen Krisengerüchten zum Trotz — und daran hat es in den letzten Jahren wahrlich nicht gefehlt! — als festsitzender „Kleber“, um mit Bismarck zu reden, bewiesen. Und so dürfte auch diesmal, dem Gerücht von seinem demnächstigen Abgange wenig Glauben beizumessen sein. Und was wäre auch tatsächlich gewonnen? Ein anderer, aber von demselben Kaliber, würde an seine Stelle treten. Wlag deshalb Dank Chlodwig am Steneruder des deutschen Reichsschiffes bleiben, bis das Ruder seinen schwachen Händen von selbst entgleitet oder auch nicht, das werththätige Volk kann dem ruhig zusehen.

Auch die Stellung Posadowsky's soll er sich nicht kümmern. Das Verhältnis zwischen dem „Könige von Saarabien“ Stumm und ihm soll, wie der „Hamb. Corresp.“ meldet, „gespannt“ sein. — Dieser Meldung ist absolut kein Glauben beizumessen; man darf sie wohl getrost in das Gebiet der Erfindungen verweisen. Wer eignete sich wohl besser zum Stenermann des Zuchthauskurfes als Posadowsky, der durch seinen „berühmten“ Streikerlaß geradezu den Befähigungsnachweis dazu erbracht hat?

Das neue Invalidenversicherungsgesetz. Dem Reichstage ist ein vollständig neues Invalidenversicherungsgesetz nunmehr vorgelegt. Die beabsichtigten Ueänderungen sind in den Text des bisherigen Gesetzes hineingeschrieben, so daß nicht wie bei Novellen eine spätere Redaktion des ganzen Gesetzes noch erforderlich ist. Da auf diese Weise das ganze Invalidenversicherungsgesetz neu zur Diskussion gestellt wird, so dürfte bei der Schwierigkeit des Gegenstandes und der großen Zahl der aufgeworfenen Fragen eine Durchberatung nur möglich werden, wenn der Reichstag im Sommer nicht geschlossen, sondern vertagt wird. Abgesehen von den vielen einzelnen Ueänderungen, welche sich in der Hauptsache mit den Vorschlägen in dem 1897 dem Reichstage unterbreiteten Entwurf decken, kommen, wie bekannt, hauptsächlich zwei grundsätzliche Ueänderungen in Frage. Die Hauptfrage betrifft die Zusammenfassung des Vermögens der verschiedenen Versicherungsanstalten. Das Vermögen der Anstalten und die Einnahmen aus Beiträgen soll zu drei Fünfteln zusammengeworfen werden in ein Gemeinvermögen. Aus diesem Gemeinvermögen werden die Grundbeträge der laufenden und der künftig entstehenden Invalidenrenten und derjenigen Altersrenten gedeckt, welche dem Grundbetrage der Invalidenrenten gleichkommen. Die von der Beitragsleistung abhängigen Steigerungen der Invalidenrenten sowie die übrigen Aufwendungen (Beitragsrückstellungen, Kosten des Selbstverhaltens, Verwaltungskosten u. s. w.) bleiben also zur Sonderlast jeder einzelnen Versicherungsanstalt. Diese Kosten sind aus den zwei Fünfteln der Beiträge zu decken, welche den Anstalten verbleiben. Der neue Vorschlag ist bekanntlich veranlaßt worden dadurch, daß bei der ostpreussischen und der niederbairischen Anstalt das Vermögen nicht ausreicht als Deckungskapital der laufenden Renten, während andererseits bei der Berliner und der hanseatischen Anstalt das Vermögen dieses Deckungskapitals weit übersteigt. Nach den neuen Bestimmungen würde beispielsweise die Berliner Anstalt von einem Vermögen von 45 Millionen Mark 27 Millionen an das Gemeinvermögen abzugeben haben; in Ganges würden von dem Vermögen der sämtlichen Anstalten von 747 Millionen 448 Millionen an das Gemeinvermögen abgehen und 299 Millionen dem Sondervermögen verbleiben. Der neue Plan ist darauf zugeschnitten, die landwirthschaftlichen Landesheile zu entlasten zum Nachtheil der mehr industriellen Bezirke. Auf das Ungerechtfertigte dieses Vorschlages haben wir schon hingewiesen, als j. Zt. die Novelle bruchstückweise veröffentlicht an die Öffentlichkeit gelangte.

Eine zweite Ueänderung von fundamentaler Bedeutung, welche in dem Entwurf von 1897 nicht enthalten war

betrifft die Errichtung von Rentenstellen. Es sollen unter den Direktionen der Provinzialanstalten etwa tausend Rentenstellen errichtet werden, bestehend aus einem von der Direktion der Anstalt angestellten Beamten. Dieser soll die Anträge auf Bewilligung und Entziehung der Renten vorbereiten und begutachten, ebenso bei Einleitung des Heilverfahrens eine Mitwirkung haben, eine Controlle ausüben über die Entziehung der Beiträge und Auskunft erteilen über Invalidenangelegenheiten.

Dem Bundesrath selbst ist die neue Aenderung bedenklich erschienen. Der Entwurf der Reichsregierung übertrug diesen Rentenstellen auch die Feststellung der Renten. Nach dem Beschlusse des Bundesraths aber soll die Landescentralbehörde nur als Ausnahme von der Regel den Rentenstellen statt der Begutachtung der Renten anträge die Beschlußfassung über diese übertragen. Den angestellten Beamten bei der Rentenstelle sollen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beigeordnet werden zur Begutachtung für alle Fälle, in denen nicht ohne Weiteres die Rente dem Antrag gemäß festgestellt werden kann. — Unseres Erachtens hat die „Fr. Bl.“ voll ständig Recht, wenn sie schreibt: „Diese Einrichtung ist verfehlt. Sie ist kostspielig, verschleppt die Feststellung der Rente, schafft eine neue Bureaukratie und sichert dabei doch nicht die Vortheile einer mit Lokal- und Personalkenntnis ausgestatteten Behörde; denn wenn beispielsweise in Preußen für jeden landrätlichen Kreis eine Rentenstelle errichtet werden soll, so wird damit nur eine neue Zwischeninstanz eingeschoben in der Bearbeitung der Angelegenheiten zwischen den Gemeindebehörden und der Direktion der Versicherungsanstalt.“

Der Bankgesetzentwurf ist dem Reichstage am Sonnabend zugegangen. In der Begründung heißt es, daß gegenwärtig zu einer durchgreifenden Aenderung im Bestande der Reichsbank kein Anlaß vorliege, da die durch das Bankgesetz geschaffene Organisation in langjähriger Geltung ihrer Aufgabe vollkommen genügt habe. Dagegen empfiehlt es sich, die der Reichsbank zur Verfügung stehenden Mittel in dem Maße zu verstärken, daß den in den letzten Jahren getragenen Verkehrsbedürfnissen, deren weitere Steigerung noch erwartet werden dürfte, in vollem Umfange genügt werde. Deshalb nimmt der Entwurf eine Verstärkung des Grundkapitals und des Reservefonds, sowie eine Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents in Aussicht; er sucht ferner eine einheitliche Handhabung der Diskontpolitik zu sichern und erstrebt eine weitere Theilnahme des Reichs an dem Geschäftsgewinn der Reichsbank; er regelt das Verhältnis der Reichsbank zu den noch umlaufenden Noten der vormaligen Preussischen Bank und enthält endlich Bestimmungen über den Lombardverkehr.

Zur Milderung der „Rentenoth“ im Osten schlägt die „Schles. Volksztg.“ den Erlass eines Spezialgesetzes vor, „das die Einwanderung russischer Arbeiter auf drei Monate vollständig freigiebt, mit der Maßgabe, daß die wünschenswerten Arbeiter — also mit Ausschluß der Kranken, Verbrecher u. — sofort naturalisirt werden.“ Es sei dann darauf zu rechnen, daß 20 bis 40 000 Arbeiter sofort einwandern, und nach Ablauf der drei Monate könnte man die Grenze wieder schließen bezw. die alten Bestimmungen wiederherstellen. Nach sichersten Informationen aus Petersburg werde im Schoße der russischen Regierung ernsthaft der Vorschlag berathen, noch in diesem Jahre ein Arbeiter-Auswanderungsverbot nach Deutschland zu erlassen. Der russische Landwirtschaftsminister sei dafür, da in Folge der Hebung der russischen Industrie schon in den meisten Theilen Russlands ein starker Mangel an ländlichen Arbeitern herrscht. Besondere Klagen erschallen aus den baltischen Provinzen, aus Polen, sowie aus einigen Gouvernements des mittleren und südlichen Russlands. Finanzminister Witte und Murawiew würden auch dem Auswanderungsverbot geneigt sein, wenn sie hoffen könnten, dadurch die Berliner Regierung nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen; der Kriegsminister Kuropatkin ist in militärischem Interesse für das Verbot.

Kleine politische Nachrichten. Vom 1. Februar werden sämtlichen Oberpostämtern und Postämtern an Reichsbankplätzen eigene Girokonten bei der Reichsbank eröffnet. — Mit der Billigkeit der Wahl des Abgeordneten Dr. v. Driembowitz hat sich, wie der „Dziennik“ berichtet, die Polenfraktion beschäftigt. Die Fraktion hat sich nach längerer Auseinandersetzung dahin entschieden, daß sie in dieser Frage unglücklich ist; den Streit um das Mandat soll der Abgeordnete mit seinen Wählern selbst austragen. Bei der Gelegenheit handelt es sich bekanntlich um Streitigkeiten zwischen der polnischen „Volkspartei“ und der polnischen „Hospartei“. — Aus dem „Ministerium des Geistes“ berichtet die „Bl. Volksztg.“: Im Oktober haben im Kultusministerium unter persönlicher Leitung des Ministers Konferenzen der sämtlichen Rektoren der preussischen Universitäten stattgefunden. Dort wurde auch über den Unfleiß der Studenten, namentlich der Juristen gesprochen. Dabei sagte Professor Schmoller: Der Unfleiß wird nicht aufhören, so lange es preussische Minister giebt, deren erste Frage bei der Verstellung jüngerer Beamten ist: „In welchem Korps sind Sie gewesen?“ — Genosse Pardus, Dr. Hülshaus, der erst unlängst aus Sachsen ausgewiesen wurde, hat nun auch den Staub von Neuß i. L. von seinen Füßen schütteln müssen. Man hat ihm den weiteren Aufenthalt in Sera, wo er jetzt wohnt, unterlagt und ihn über die Grenze geschoben. Neuß i. L. ist also glücklich gerettet! — In der Angelegenheit Müller-Schmidt hat die Staatsanwaltschaft in Magdeburg dem Abgeordneten Schmidt (falls er Interesse an der beschleunigten Erledigung der Sache hat) anheimgegeben, durch die sozialdemokratische Fraktion gemäß des Artikels 31 der Reichsverfassung einen Beschluß herbeizuführen, welcher die Genehmigung zu seiner strafrechtlichen Verfolgung ausspricht. Der Abg. Schmidt hat sich folglich an den Fraktionsvorstand unserer Partei gewandt, welcher das Weitere veranlassen wird. — In der in Aussicht stehenden Novelle zur Gewerbeordnung soll, wie noch verlautet, für Ge-

schäftsangehörige eine zehnständige ununterbrochene Ruhezeit und einständige Tischzeit, falls außerhalb des Geschäftes gespeist wird, vorgeschrieben sein. Ausnahmen werden für Weihnachten, zur Inventur u. zugelassen. Falls zwei bis drei Geschäftsinhaber es beauftragen, kann von der Ortsbehörde ein obligatorischer Geschäftsstillstand von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens mit dem Verbot des Hausverkaufs während dieser Zeit verfügt werden. — Die ungarische Krise hat infolge ihrer vorläufigen Lösung gefunden, als Koloman Szell an Stelle Baron Banffy, der demissionirte, zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. — Der dänische Landwirtschaftsminister hob das Verbot der Ausfuhr lebender Wilderläufer und Schweine aus ganz Dänemark auf. Leider kann Deutschland davon keine Vortheile ziehen, weil es bei uns immer noch heißt: Klappen zu! — Das belgische Regierungsblatt, der „Moniteur Belge“ veröffentlicht die königlichen Entlassungen, durch welche die Entlassungsgesetze der Minister de Smet de Nayer und Vliegenhart angenommen werden. Gleichseitig veröffentlicht der „Moniteur“ die Ernennung der Abgeordneten Libert und Cooreman zum Finanzminister bezw. zum Minister für Industrie und Arbeit. Der neue Ministerpräsident ist noch nicht ernannt. — Der bekannte Feiler John Dalry, der wegen eines Dynamitattentats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt und erst kürzlich auf Drängen der irischen Partei aus dem Gefängnis bedingungsweise entlassen worden war, ist dank dem neuen irischen Municipalwahlgesetz Montag unter dem nachfolgenden Jubel der Iren zum Mayor von Limerick gewählt.

Dänemark.

Eine Wahlrechtsverbesserung steht in Dänemark in Aussicht. Der vom Landsting eingesetzte Ausschuß zur Verabreichung des Wahlreformgesetzes (Einführung der geheimen Abstimmung) hat in seiner Berathung einstimmig die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes gebilligt. Die Stimmzettel sollen in Zukunft in verschlossenen Couverts, die im Wahllokal geliefert werden, abgegeben werden, und auch die Stimmzettel selbst völlig gleichartig sein. Da demgemäß zu hoffen ist, daß sich im Plenum des Landstings eine große Majorität finden wird, dürfte Dänemark in Kürze ein verbessertes Wahlgesetz haben.

Frankreich.

Von der Dreifus-Affaire. Esterhazy erklärte einem Richterstatler gegenüber, er habe Montag vor der Kriminalkammer des Kassationshofes über seine Beziehungen zu dem Generalstabe ausgefragt und werde Dienstag über seine Beziehungen zu fremden Militärattachés ausfragen. — Dem „Siècle“ zufolge wird Picquart nach Beendigung des Verfahrens Esterhazy's mehreren höheren Offizieren gegenübergestellt werden.

Spanien.

Ein unerhörtes Justizverbrechen will die spanische Regierung wieder gut machen. Auf Gründen Salmerons und anderer Republikaner hat Sagasta versprochen, dem nächsten Ministerrath eine Vorlage, betreffend Begnadigung der in Montjuich in Haft befindlichen Anarchisten, zu unterbreiten.

Asien.

Zur Samoafrage. Ancheinend offiziös schreibt man dem „Hamb. Correip.“ aus Berlin: „Nach den ausmehr vorliegenden Nachrichten steht es außer Zweifel, daß die Wahl Mataafa's zum König von Samoa unausführbar war. Das Mataafa zu den Kandidaten, und zwar als einer der aussichtsreichsten, gehörte, war den europäischen Mächten bekannt und konnte auch den Regierungen nicht verborgen bleiben. Gleichwohl war ein Einspruch gegen die Wahl nicht erfolgt. Ein solcher wäre allerdings auch nach der Samoa-Akte nur zulässig gewesen, wenn durch die Wahl Zerwürfnisse innerhalb der einheimischen Bevölkerung in Aussicht ständen. Davon war man so wenig in der Rede, als, wie bekannt, Mataafa's Wahl mit großer Mehrheit erfolgt ist. Die dabei entstandenen Wirren sind aber erst infolge der Nichtanerkennung der Wahl seitens des Oberrichters und durch dessen Maßnahmen hervorgerufen worden. Inwiefern die Aneignung der Missionare gegen den katholischen Mataafa eine Rolle gespielt hat, mag dahin gestellt bleiben. Unangeführt ist noch, weshalb der englische Konsul sich genöthigt glaubte, den obersten Gerichtshof zu schließen. Dagegen ist jetzt erwiesen, daß die ersten englischen Bedingungen, wonach der deutsche Konsul in das Gerichtsgebäude eingebungen, nachher aber durch den englischen und amerikanischen Konsul auf die Straße geleitet worden sei, erfinden sind. Nachdem übrigens die Reichsregierung den beiseitigen Cabinetten erklärt hat, daß sie, falls festgestellt werde, daß durch das Verhalten eines ihrer Beamten der Samoa-Vertrag verletzt worden sei, sie denselben desavouiren würde, muß man erwarten, daß seitens der anderen Mächte das Gleiche geschieht.“

Lübeck und Nachbargebiete.

25. Januar.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist der Bezug nach der Fabrik Rose u. Schweighoffer, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Lederstraße 3. Die Streikkommission.

Das Gewerkschaftskartell beschloß gestern, die Beiträge, welche für die streikenden Tabakarbeiter aufgebracht werden, auf die Hälfte herabzusetzen, da die bisherigen sich als zu hoch erwiesen haben und durch die Abreise einer großen Anzahl Streikender die Zahl der zu Unterstützenden sich erheblich vermindert hat. Die Errichtung einer Genossenschaft wurde bei einer Reihe Stimmhaltungen einstimmig abgelehnt. — Die Neuwahl der Kartellkommission hatte das Ergebnis, daß Hügel, Dettmann, Liesegang, Rnaack und Frank in dieselbe entsandt wurden. — Den streikenden Webern in Arefeld wurde der Ueber schuß des für die Familien der Verurtheilten gesammelten Geldes in Höhe von 174.91 Mark überwiesen, im Uebrigen den Gewerkschaften überlassen, aus ihrem event. Rassenbestande weitere Unterstützungen flüssig zu machen.

Einen harten, aber gerechten Beschluß haben die Schauerleute gefaßt. Sie schlossen auf Grund ihrer Statuten ein Mitglied auf 6 Monate aus dem Verbande aus, weil es den Interessen desselben dadurch in tadelns-

werther Weise zuwidergehandelt hatte, daß er eine Arbeit übernahm, die für den angebotenen Lohn zu verrichten die Trägercorporation abgelehnt hatte. Weiterer kann Niemand das Zeugniß versagen, daß sie, so gut wie die gewerkschaftlichen Organisationen, Lohnbrüderceien nach Kräften zu verhindern sucht. Wird ihr dann von einigen Kaufleuten der Stuhl vor die Thür gesetzt und die Arbeit Leuten übertragen, die gewissermaßen auf solche Vorkommnisse speculiren, dann ist es unbedingte Pflicht jedes Gewerkschaftlers, mit ihr Hand in Hand zu gehen. Das ist ein einfaches Gebot der Solidarität. Giebt sich aber ein Organisator dazu her, im Bunde mit Arbeitern, die dem Verbande fernstehen und nur dessen Erfolge mitgenießen, die berechtigten Bestrebungen der Träger illusorisch zu machen, so verflucht er gegen die Satzungen seines Vereins und darf sich nicht wundern, wenn das Statut auf ihn in entsprechender Weise angewandt wird.

Schwaffer stand gestern wieder in Aussicht, da jedoch der Wind abblaute, verzog sich die der Wasserfante drohende Gefahr.

Postales. Am 27. Januar wird der Post- und Telegraphendienst wie an einem allgemeinen Feiertage gehandhabt.

Vom Tage. Gestohlen wurden aus einer Baubude am Jerusalemberg diverse Kleidungsstücke. — In Haft geriet ein von der Hamburger Staatsanwaltschaft zur Verbüßung einer Strafe gefuchter Pferdeshändler, ein von der gleichen Behörde in Stade wegen Körperverletzung verfolgter Arbeiter und ein hiesiger Kaffler, den die Hamburger Behörde hinter die Schwedischen Gardinen zu legen wünscht, 6 Kettler und 3 Trunkenen.

Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des vom hiesigen Landgericht wegen Betrugs zu Zuchthausstrafe verurtheilten Reisenden Bend aus Eckelsdorf.

Abtrahstet. Mit einer Schaufel erschlagen hat infolge eines Wortwechsels der Maurer Schröder von hier den Vorarbeiter Eygers aus Odenfelde. Der Thäter, welcher von dem als freischützig geschilberten Heqner zur Nothwehr getrieben sein will, hat sich selbst der Behörde gestellt.

Altona. Die Bavaria-Bräuerei wird Anfangs Februar eröffnet werden. Sie will 200 000 hl jährlich brauen, ist auf das modernste eingerichtet und wird eine der größten Unternehmungen am Orte bilden. Bekanntlich steht Lübecker Kapital dahinter.

Hamburg. Ein Mord und ein Selbstmordverjud in St. Pauli. Der in der Raffanienslee wohnende Maurer Dertel, der mit der Weberbergerin Garm in der Heimlichstraße ein Verhältnis unterhielt, traf die Frau G. in der Nacht zum Dienstag gegen 12^{1/2} Uhr in der Wirtschaft von Wochau in der Seiten Friedrichstraße 6, wo sie mit einem Gast knippte. Als sie der Aufforderung des Dertel, sich zu ihm hinzusetzen, nicht Folge leistete, sondern sich, nachdem sie mit Dertel einige Worte gewechselt, wieder neben dem Gast niederließ, zog Ersterer einen Revolver und schoß die Frau Garm in die Schläfe. Dann brachte er selbst sich einen Schuß über dem rechten Auge bei. Frau Garm verstarb nach zehn Minuten. Dertel wurde lebensgefährlich verwundet in's Krankenhaus gebracht. Die anwesenden Gäste hatten versucht, den Dertel zu lynchen, wurden daran aber durch herbeieilende Schutzleute gehindert.

Hohenwestedt. Krüppel und Polizei. Im August v. J. wurde dem Genossen E. Behrmann der rechte Fuß in einer Drehmaschine beinahe zerstückelt, daß eine Amputation nothwendig wurde. Während seines Schmerzenslagers verhängte das Schöffengericht zu Rodort über ihn eine viertägige Haftstrafe wegen Mißthätung. Als er nun nach 21 Wochen aus dem Krankenhaus entlassen war, erschien sofort die Polizei, um ihn einzufassen. In der einen Hand eine viel zu große Krücke, in der anderen einen gebrechlichen Stock, mußte er sich auf den Weg machen. Was nicht ausbleiben konnte, traf ein, er stürzte unterwegs und schlug sich die kaum verharbete Wunde des Fußstumpfes wieder blutig. Gleichwohl mußte er sofort seine Straße antreten. Als er sie abgelesen, verlangte er Ueberweisung in ein Krankenhaus. Dies wurde ihm abgelehnt und sollte er in das Armenhaus gesteckt werden, weil das Krankenhaus nur für ansteckende Krankheiten diene!! Man scheint also nicht einmal zu wissen, daß der Kranke auf Kosten der Berufsgenossenschaft zu verpflegen war! Solche Vorkommnisse wirken auf dem Lande weit mehr „verheerend“, als zehn Flugblätter und zehn Versammlungen.

Lübecker Stadttheater.

Fiesco, ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Als Abschieds-Benefiz für Herrn Emil Blöb, der demnächst die Mauern unserer Stadt verläßt, um sein Engagement am Hoftheater in Stuttgart anzutreten, wurde Sonnabend Abend Schillers „Fiesco“ aufgeführt. Dieses „republikanische Trauerspiel“, wie es der Dichter selbst nannte, ist eine seiner Jugendarbeiten; es atmet daher nach dem Geiste des Dichters der „Männer“. Während er in seinen „Männern“ das „Opfer einer ausschweifenden Empfindung zum Vorwurf genommen“ hatte, um mit Schiller selbst zu reden, versuchte er im „Fiesco“ das Gegentheil, „ein Opfer der Kunst und Cobale“ zu schildern. Schiller hielt sich in seinem Schauspiel ziemlich eng an die überlieferte Geschichte von der im Jahre 1647 in Genoa stattgefundenen Verhöhnung des Grafen Johann Louis Fiesco. Wenn er einzelnen Personen eine andere Stellung zur Sache gab, als die Geschichte ihnen anwies, so geschah es zu dem Zweck, um dem Schauspiel einen besseren dramatischen Aufbau geben und die Charaktere fülliger entwickeln zu können. Das Trauerspiel ist in Lübeck lange nicht gegeben worden. Deshalb man es nun gerade hervorgeholt hat, um Herrn Emil Blöb zum Abschied in der Titelrolle gastieren zu lassen, vermögen wir nicht

*) Wegen Raumangel verspätet.

recht zu lassen. Zweifellos wäre der materielle und auch künstlerische Erfolg größer gewesen, wenn Herr Blöb zum Abschied noch einmal den „Othello“ oder „Marquis Posi“ gespielt hätte. Alle Freunde, die einem lieb und werth sind, sieht man immer wieder gern. Und wie stand es nun mit den Leistungen? Schiller hat den Darstellern des zur Rede stehenden Trauerspiels ihre Aufgabe insofern erleichtert, als er ähnlich wie es manche dramatische Schriftsteller der Jetztzeit mit Vorliebe thun, in kurzer, präziser Fassung den Charakter einer jeden Rolle scharf markirt. Von Fiesko heißt es in dieser Beziehung: „Junger, schlanker, blühend schöner Mann von 28 Jahren — stolz mit Anstand — feindselig mit Majestät — höflich-geschmeichelt, voll und ganz — gerecht.“ Warde nun Herr Blöb diesen Anforderungen „voll und ganz“ gerecht? Der Wahrheit gemäß können wir da nur mit einem nein! antworten. Wir sehen ganz davon ab, daß Herr Blöb die Rolle nicht mit dem Ansehen eines 23jährigen jungen Mannes spielte; das ist unseres Erachtens eine Nebenachtigkeit. Aber was schwerer wiegt: er lehrte nicht genug das höflich-geschmeichelt, das verschlagene Wesen des Fiesko heraus. Sein Graf von Lavagna war auf einen zu wiederholtenmalen Ton gestimmt. Es war ein Revolver, „in Schlaf und Pantoffeln“, dem die Worte sah wie Honiglein

vom Munde flossen, ohne daß man sie ihm glauben konnte. Geste und Wort standen nicht im Einklang. Die Rolle war — kurz gesagt — völlig verfehlt angelegt. Es thut uns leid, dies bekennen zu müssen, aber die Wahrheit erfordert es. Mit Bedauern sehen wir Herrn Blöb scheiden, der uns mit seinem „Othello“ und „Marquis Posi“ — Rollen, die seinem Naturell so gänzlich liegen — so manche genussreiche Stunden bereitet hat. Mag es ihm in der Fremde gut gehen. Unsere besten Wünsche begleiten ihn auf dem dornenreichen Wege eines königlich württembergischen Hoftheaters! Den ersten, höchsten, christlichen Republikaner Herrmann gab Herr Jakob imponierend, edel und überzeugend kraftvoll, hin und wieder vielleicht etwas zu tragisch in Wort und Spiel. Mit dem Dogen fand sich Herr Pfleger gut ab. Für den Gianettino Doris, den Neffen des Dogen, schreibt Schiller vor: „rauh und anständig in Sprache, Gesang und Manieren. Bäurisch-stolz. Die Bildung zerfallen.“ Alles das sind Eigenschaften, die wir bisher bei Herrn Blöb, sofern er andere Rollen spielte, meist zu tadeln Gelegenheit hatten. Demnach sollte man meinen, daß der Gianettino ihm gut gelegen hätte. Und so war es auch. Er, der so häufig uns Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hat, war dies Mal an seinem Platze. Wir würden noch weit mehr mit der

Leistung zufrieden gewesen sein, wenn Herr Blöb das Ekstern mehr markirt hätte. Eine herrliche Leistung war der Muley Hassan des Herrn Kub. Das war ein Meisterstück und verfehlt uns mit Manchem, was uns früher nicht gefallen hat. Der Bourgognino des Herrn Janke war „edel und angenehm, stolz, rasch und natürlich.“ Es ist bedauerlich, daß Herr Janke, dessen Talent leider im Verborgenen blüht, zu wenig in größeren Rollen beschäftigt wird. Er hat doch das Zeug dazu. Fr. Werna, die das Pathos nach Illusion verständig, gab ihre Leonore so rein, feinsch und heilig, daß es wieder eine wahre Freude war, ihr zuzusehen. Fr. Stoll II. dagegen konnte für ihre Vertha nicht die rechten Töne des vergewaltigten, unschuldigen Mädchens finden. Fr. Rosen (Julia) und Herr Bretschneider (Vomellino) suchten ihren Rollen so viel als möglich gerecht zu werden. Daß sich der Abend noch zu einer besonderen Ehrung für den scheidenden Emil Blöb gestaltete, ist selbstverständlich. Vier Rosenkranzkränze und etliche andere Sachen wurden dem Scheidenden gesendet, ganz abgesehen von dem großen Beifall, der nach Schluß der Vorstellung ertönte und ihm besonders galt.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu verlässigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gef. zum 1. April eine kleine Wohnung für Leute ohne Kinder. Angebote unter F F an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine ordentliche Waschfrau für jeden Montag. Wilh. Menschel, Untertrave 58

Ein unterhaltener Dauerbrandofen zu verkaufen. Schüsselbuden 5.

Ein Kinderwagen billig zu verkaufen. Pantstraße 15c.

Feuerfeste Steine billig zu verkaufen. Weiter Lohberg 9, 1. Et.

Verloren am Montag 2 Schlüssel im Ring von Friedenstraße bis Mengstraße über Drehbrücke. Bitte abzugeben. Friedenstraße 61, 1. Et.

Verloren am Sonntag ein goldenes Medaillon und ein Schlüssel-Verloque. Der ehrliche Finder wird erlucht, selbige abzugeben. Rabenstraße 12a

Als Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause. E. Schwarz, Wilhelmshöhe 35.

Theater- und Masken-Garderoben
empfehlen zur bevorstehenden Saison
H. Vitense,
Theatergarderobier,
Süßstraße 115.

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24, 1.
Großer Mittagstisch von 11 $\frac{1}{2}$ —2 Uhr.
à Person 40 und 50 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr.
à Person 30 und 40 Pfg.
Zwiebelleberwurst, per Pfd. 80 Pfg.
Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.
Fleischschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
ditto per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mk.
empfehlen in reeller Waare

E. Möhl, Regidienstraße 8.

Aepfel.
Den letzten Rest von Aepfeln billigt zu verflu. Johannisstraße 50.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Socialdemokratischer Verein.
Die Beerdigung unseres Genossen
Johannes Struck
findet am Donnerstag den 26. Januar, Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Sterbehause, Vorbeckstrasse 13, aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinshaus einzufinden.
Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Allen Vereinen und Gewerkschaften empfehlen wir zur Neuausschaffung resp. Ergänzung von Bibliotheken
sämmtliche Bände
der Internationalen Bibliothek
I. und II. Serie
sowie eine Anzahl anderer
wissenschaftlicher Werke
welche in den Bibliotheken von Arbeitervereinen u. unbedingt nöthig sind.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
E. G. u. b. S.
Ordentliche Generalversammlung
am Freitag den 3. Februar 1899
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
in den Central-Hallen, Dankwartsgrube.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1898.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1898.
4. Neuwahl zweier Aufsichtsrathsmitsglieder.
5. Abänderung des § 50 Abs. 6 unseres Statuts.
6. Bewilligung von Geldern für den Neu- resp. Umbau Johannisstraße 50.
An der General-Versammlung dürfen nur Mitglieder theilnehmen, die sich durch Antheilscheine legitimiren müssen.
Der Vorstand.
NB. Vom 25. Januar bis 3. Februar d. Js. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1898 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal der Genossenschaftsbäckerei, Töpferweg 65, ausgelegt.

Versuch macht klug!
Herren-Sohlen u. Klette von Mark 2,00
Damen- do. u. do. von do. 1,50
Mädch.-) do. u. do. von do. 1,90
u. Knab.-)
Alle anderen Reparaturen billigt.
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.
Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Gefe Alter Schranken.

Gulasch jeden Mittwoch
empfehlen
E. Möhl, Regidienstraße 8.
Club Fidelitas.
Masken-Ball
am Sonntag den 29. Jan.
in sämtl. Räumen des „Tivoli“.
Vorabstimmung 5 Uhr.
Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Bon 6—8 Uhr:
Tanz für die Zuschauer.
Eingang derselben Gewerkevereinsant.
Bon 7—8 Uhr: **Versammlung der Masken.**
Eingang derselben Königspforte.

General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbefälle Amicitia
E. G. Nr. 18
am Sonnabend den 28. Januar
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verfloßenen Halbjahr und Jahresbericht.
2. Wahlen. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Präcise 8 Uhr: Maskenzug.
Fremdenkarten sind bei den Herrn F. Nagel, Cigarettengeschäft, am Markt, A. Levy, Mühlenstraße 11, und F. Callies, Kupferfahndstraße 24, zu haben.
NB. Die Karten für erwachsene Mitglieder-Kinder sind nur beim Kassenführer zu haben.
Schulpflichtigen Kindern, sowie fremden Herrens ist der Zutritt nicht gestattet.
Die Maskengarderobe von Herrn Vitense befindet sich am Ballabend im Hause.
Der Vorstand.

Zur Erinnerung!
Sanitätsverband
der freien Hülfsstaffen Lübeds.
General-Versammlung
am Freitag den 27. Januar
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung vom vierten Quartal 1898.
2. Wahlen
3. Verschiedene Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Nur noch 4 Tage.
Tivoli-Reitbahn-Circus.
Heute Anfang 8 Uhr.
Die wilde Jagd. Neu!
Ein Vergnügen besonderer Art.
Heute freier Eintritt.
Stadttheater in Lübed.
Donnerstag den 26. Januar.
Madame Sans-Gêne.
Lustspiel in 4 Akten von B. Sardou.
Hierauf:
Das Versprechen hinter'm Herd.
Freitag den 27. Januar.
Fra Diavolo.
Komische Oper in 3 Akten von Auber.

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.
General-Versammlung
am Montag den 30. Januar
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse.
Der Vorstand.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Hansa-Halle. Freitag den 27. d. M.: **Freier Tanz.**
Garderobe: **Herren 15 Pfg. Damen 10 Pfg.**
Familien-Kränzchen.

Soziales und Partei-Leben.

Abrechnung des Unterstützungs-Komitees für die Familien der im Essener Meincids-Prozess verurtheilten Genossen:

Einnahmen:	
Bestand am 1. Juli 1898	RM. 10 076,23
An Zinsen	212,61
Summa	RM. 10 288,84
Ausgaben:	
Juli 1898 an Unterstützung	RM. 2 255,35
August 1898	1 825,66
September 1898	263,91
Oktober 1898	686,65
November 1898	2 564,70
Dezember 1898	2 852,80
Summa	RM. 11 449,07
Einnahmen	RM. 10 501,45
Ausgaben	11 449,04
Saldo	RM. 28 809,83

Die vorstehende Schluss-Abrechnung erfolgt, wenn Meber und Graf, als die Letzten, aus dem Nachlass entlassen sind. Bochum, den 16. Januar 1899.

Wolfgang Wankertlich

Nachstehende Abrechnung wurde von uns geprüft und für richtig befunden.

Die Revisoren:

Heinrich Rädermann, Deichauß, Düppelstraße 1
Hermann Kaul, Off. u. Hermannsplatz 2. 11

Das Erscheinen einer dritten sozialdemokratischen Tageszeitung im Königreich Sachsen ist gesichert. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter „Chemnitzer Beobachter“ und „Burgstädter Volksstimme“ werden zu einem neuen Blatt verschmolzen, das vom 1. April d. J. an in Chemnitz herausgegeben wird. Zwischen dem Verleger des „Beobachters“, G. Ludwig, und der Chemnitzer Preßkommission war es wegen der Abfindungssumme leider zu unergieblichen Erörterungen gekommen. Eserntlicher Weise sind die Differenzen jetzt durch beiderseitiges Entgegenkommen aus der Welt geschafft. Der „Beobachter“ und die „Volksstimme“ veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, die die Bedingungen enthält, unter welchen die Vereinbarung getroffen werden ist.

Zum Secherstreik im „Berliner Lokalanzeiger.“ Eine Sonntag abgehaltene, von über 2000 Personen besuchte Volksversammlung beschäftigte sich mit dem Secherstreik im „Lokal-Anzeiger“. Es wurde eine Resolution angenommen, worin alle Gewerkschaften und Arbeitervereine Deutschlands ersucht werden, nicht eher den Kampf aufzugeben, als bis die volle gesetzliche Freiheit der Arbeiter vom „Lokal-Anzeiger“ anerkannt und den Klärbündnissen Genugthuung gegeben ist.

Würzburg. Bäckerstreik. Im Dezember v. J. rufen die hiesigen Bäckergehilfen in eine Bewegung ein, um die in den Bäckereien herrschenden sanitären Missethate abzuschaffen, auch eine Besserung der Lohnverhältnisse und Arbeitszeit herbeizuführen. Die Bäckermeister erklärten sich daraufhin bis auf zwei solbändrisch und lehnten die Forderungen ab. Nach mehr wöchentlichen Verhandlungen beschloßen die Gehilfen, von einem Ausstände abzusehen und die Sache bis zu einer günstigeren Zeit zu vertagen. Nun bekommt aber die Bewegung ein Nachspiel. Infolge eines während der Bewegung erschienenen Flugblattes hat jetzt, der „Frl. Ztg.“ zufolge, die Regierung eine strenge Untersuchung der sanitären Verhältnisse in den Bäckereien angeordnet.

und von der Staatsanwaltschaft wurde bereits eine Anzahl Gehilfen und Meister vernommen. Die Untersuchung soll sehr belastend für die Meister sein. Letztere haben dagegen Klage gegen die Mitglieder der Lohnkommission wegen der in dem Flugblatt enthaltenen Verleumdungen gestellt, und endlich hat der Leiter der Bewegung eine Klage gegen die Meister wegen Verurtheilung anhängig gemacht.

Der Spandauer Maurerstreik, welcher im verfloßenen Sommer ausbrach, hat dadurch einen tragischen Weichschmack erhalten, weil er die indirekte Ursache zu einem schweren Verbrechen wurde, welches dieser Tage das Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin beschlagnahmt. Der 19-jährige Arbeiter Karl Eugel, der, wie s. Zt. von uns gemeldet wurde, im September v. J. in der Nacht verhaftet wurde, den Schuppen in Brand zu stecken, in dem die wegen des Maurerstreiks nach Spandau berufenen Italiener eingesperrt waren, wurde rüchlich zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Verurtheilung von gewissen Zeitungen höher als „sozialdemokratisches Manöver“ gekennzeichnet worden ist. Die Gerichtsverhandlung hat für diese gehässige Behauptung nicht den Schein eines Anhalts gegeben. Am Gegentheil hat der politische Parteizweck außerordentlich befördert, der Täter habe mit der Verurtheilung die nicht das Beste zu thun gehabt. Wenn sich das sensationellste Reporterthum aufhalten, um Zweck der Schamlosigkeit überall „Marsch“ zu rufen, was es sich um ganz gewöhnliche Vergehen handelt, die mit der Politik gar nichts zu thun haben?

Die Tarifbewegung im deutschen Buchdruckgewerbe ist nicht ohne erhebliche Wirksamkeit geblieben. Die Tariffrage der Buchdruck-Druckerei hat in Verzichtung derjenigen Buchdruckereien übernommen, die am Schlusse des Jahres 1898 den allgem. Anstrecker tarif anerkannt und ihre Gehälften danach entlohnten. Aus dem Verzichtung geht hervor, daß im vergangenen Jahre sich noch eine große Zahl Firmen entschlossen haben, den Tarif anzuerkennen. Vom Mai bis zum Schlusse des verfloßenen Jahres liegt die Zahl der den Tarif anerkennenden Firmen in Deutschland von 2030 auf 2674, die sich auf 617 beziehentlich 871 Orte vertheilen und 22-168 betriebl. 25-132 Gehälften beschäftigen. Da 530 Firmen die Gehälftenzahl nicht angegeben haben, so ist anzunehmen, daß die Zahl der zu tarifmäßigen Bedingungen arbeitenden Gehälften noch um einige Tausend höher zu sein ist und drei Viertel aller Gehälften bei völlig tarifmäßiger Vergütung und Arbeitszeit beschäftigt sein werden. Am 28. Januar soll abermals eine Feststellung der Tarifverhältnisse im Buchdruckgewerbe in ganz Deutschland mittels Fragebogen stattfinden.

Vom Nutzen der „Arbeitswilligen“. Die in Konkurs gerathene Dresdener Firma Oswald u. Kirchgassner, Hutmacherei, versendet an ihre Gläubiger ein Circular, in dem als erste der Ursachen, die die unglückliche Lage des Geschäfts herbeigeführt haben, folgende angegeben wird:

Der Streik der Hutmacher im Vorjahre, wodurch beim Beginn der Saisonierungen sämtliche Arbeitskräfte plötzlich entzogen und die Einstellung von arbeitsunkundigem Personal nöthig wurde, dessen hergestellte Waare vielfach unbrauchbar und durch neue zu ersetzen war, da sie in dem gefertigten Zustande unmöglich geliefert werden konnten.

Da haben wir einmal aus Unternehmermunde selbst das runde und nette Eingeständniß, daß ihnen die „Arbeitswilligen“ oft mehr Schaden bereiten als Nutzen.

„Wie ist die Arbeitsvermittlung für die Schuh- und Leder-Industrie zur Förderung des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten zu organisieren?“ so lautet eine Preisfrage, die von der Fachzeitschrift „Schuh und Leder“ im vorigen Jahre aufgeschrieben wurde. Von den vielen Arbeiten, die hierauf eingegangen sind, wurde durch das Preisrichterkollegium, dem u. A. die Reichstagsabgeordnete Freiherz Hyl zu Hernheim, Dr. Hise, Wilhelm Koch, Professor Dr. Baasch, Müstke (lib.) angehörten, der I. Preis, 500 Mark, Herrn Hermann Eckert, Verwalter des städtischen Arbeitsnachweises in Freiburg i. Br., der II. Preis, 300 Mark, Frau Henriette Kärth, Frankfurt a. M., und der III. Preis, 200 Mark, Herrn Robert Jahn, Köln-Mippes, zuerkannt. Die I. Preisarbeit spricht dafür, daß die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise einseitige Interessen verfolgten und den Charakter des Streikes in sich trügen, wegen der ständischen beziehentlich gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise sich in ständischeren Rahmen bewegen und einen unparteiischen Charakter hätten. Es sei dabei aber Sorge zu tragen, daß Arbeiter und Unternehmern gleichermaßen der Einfluß auf die Verwaltung eingeräumt wird. In der II. Preisarbeit wird die Ansicht vertreten, daß den kommunalen Arbeitsnachweisen zwar noch Mängel anhaften, vorwiegend in erster Linie, daß den Leitern derselben die erforderlichen Kenntnisse der einzelnen Branchen abgehen. Die Missethate seien aber zu überwinden, sobald die Missethate der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise absoluter und umfassender ausgestaltet werden. Aus diesem Grunde wird obligatorische Einbindung kommunaler Arbeitsnachweise empfohlen, in denen unparteiische Vertretung der einzelnen Gewerbe vorgezogen ist. Die III. Preisarbeit wendet sich entschieden gegen die einseitigen Fabrikanten-Arbeitsnachweise, weil dieselben leicht zu unbedingten Maßregelungen führen und Mangelneugier und Schmarogereithum unter den Arbeitern erzeugen.

Aus Nah und Fern.

Keine Chronik. Ein verheerendes Feuer wüthete Sonntag Nachmittag in der Mecklenburgerstraße in Berlin. Es kam in einem Kleinschuppen zum Ausbruch, löschte diesen, sowie ein Fenstereisen und einen Herdofen ein und brachte auch das nahe Lusttheater in Gefahr, jedoch die Nachmittagsvorstellung unterbrochen werden mußte. Die Feuerwehr konnte jedoch den Brand lokalisieren. Von dem neuen Gefahre, welche die Elektrizität mitgebracht hat, trat ein besonders merkwürdiger Fall von Kurzschluß dieser Tage auf einem Wagen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ein. Ein Musiker hatte eine große Trompete neben den Schaffstücken auf der vorderen Plattform. In demselben Augenblick trat Kurzschluß ein. Der Strom ergriff das Metall der Trompete an mehreren Stellen zum Schmelzen, so daß das Instrument große Löcher bekam. Die Untersuchung ergab, daß eine kleine Schraube den Kurzschluß hervorgerufen hatte. Beim Eindringen in eine Leiste am Schaffstücken war die Schraube krumm geworden und hatte einen solchen Weg genommen, daß sie einen Draht der Leitung berührte. Schraube und Trompete waren in Verhüllung gekommen und hatten einen Stromkreis gebildet. — Gestohlen wurden in der Nacht zum Montag in Breslau aus einem Juweliertladen mittels Einbruchs Uhren, Ketten, Broden und Ringe im Werthe von 10 000 M. — Unstürmige Wette. Dieser Tage wetteten zwei Arbeiter in einer Restauration zu Bentschen D.S., daß sie für 70 Wg. bezw.

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Aber nein — pfui! — hören Sie auf, Fräuleinchen!“ rief Diebriksen und hielt sich die Ohren zu. „Wenn Sie's mit meinem Hans nicht besser meinen!“

„Mehr darf ich mir doch nicht herausnehmen, dem eignen Vater gegenüber!“ neckte Trudi. „Die Tonleiter ist die Grundtaste aller musikalischen Gefühle — hören Sie doch, wie ich den Herrn Professor schähe! In Madur, in Wis-moll, in F-dur, sogar in Gis-moll! Wenn das keine soliden Gefühle sind! Und weiter habe ich doch keine Rechte auf ihn!“

„O doch, liebes, kleines, gnädiges Fräulein!“ sagte der Musikdirektor und kniff verschmüht ein Auge zu, während der blonde Krauskopf der Schülerin sich etwas tiefer über die Tasten neigte, und sie fortfuhr, ihre Skalen durch den ganzen Quintenzirkel zu jagen.

„Mehr Recht, als der eigne Vater, fürcht' ich. Haben Sie denn gar nichts gemerkt? Oder wollten Sie... dürften Sie nichts bemerken? Ach, gehen Sie... warum antworten Sie gar nicht?“

„Eft! Ich bin noch nicht herum!“ sagte sie ernsthaft, ohne sich führen zu lassen. Der alte Herr erhob sich und legte sein glattes, rundes Gesicht in ärgerliche Falten. Er trat an's Fenster und blickte hinaus auf die hochinteressante Stromstraße.

„Wie ist das doch in Madur, Meisterchen? Nehme ich hier den dritten oder den vierten Finger?“ fragte Trudi vom Klavier her.

„Gar keinen Finger nehmen Sie — die ganze Hand sollen Sie nehmen, wenn er sie Ihnen anbietet.“

Trudi lachte laut auf. „Sind Sie nicht auch beauftragt, mir eine Liebeserklärung zu machen, Herr Musikdirektor?“

„Beauftragt? Natürlich, nein! Solche Sachen versteht mein Hans schon allein zu denken!“ sagte der Alte mit wiederkehrender, listiger Laune. „Aber da wir einmal im Auge sind... Fräulein Trudi!“

Dabei nierte er mit einiger Schwierigkeit vor dem Mädchen nieder und erhaschte ihre warme, kleine Hand. „Ich habe kein Schloß und keine Krone, aber ein schuldenfreies Haus in der Stromstraße und einen sehr hübschen, ganz außerordentlichen Professor zum Sohne. Ich hätte nie gewagt, meine Augen bis zur Tochter einer Exzellenz zu erheben, wenn ich nicht aus der Erfahrung von zwei Jahren zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß diese Exzellenztochter das bescheidenste, liebenswürdigste Menschenkind von der Welt und von ganz Madur ist, das mit ebensoviel Vergnügen einen außerordentlichen Professor glücklich machen wird, wie einen ordentlichen Offizier oder so etwas — falls sie ihn nur liebt! Sie haben mir Hoffnungen gemacht, Fräulein Trudi. Sie haben mich zu wiederholten Malen nicht nur Meisterchen, sondern sogar Papachen genannt — und darum finde ich auch jetzt den Muth, Ihnen meine glühende Liebe zu gestehen und Sie zu fragen: Wollen Sie mich zum Schwiegervater haben?“

Es war als ein übermüthiger Scherz gemeint; aber der kleine, zärtliche Herr hatte sich zum Schlusse in ganz ernsthaften Eifer hineingeredet und erwartete mit der ängstlich gespannten Miene eines wirklichen, erzküßten Freiers die Antwort. Und Trudi erhob sich mit schüchternem, erlöthender Befangenheit, der Rolle getreu, von ihrem Drehsessel, wandte sich halb von dem Niekenden, der noch immer ihre Linke festhielt, und flüsterte: „Sprechen Sie — mit Ihrem Sohne!“

Während der Musikdirektor sich lachend und stöhnend zugleich aus seiner unbequemen Liebhaverstellung aufrichtete, klopfte es an der Thür und einen Augenblick später stand der neue Herr Professor Diebriksen mitten im Zimmer.

„Entschuldigen Sie mir, gnädiges Fräulein, wenn ich die Klavierstunde unterbreche. — Du, Papa, Herr

Müller ist unten, er will dich auf ein paar Minuten sprechen.“

„Was für ein Müller denn?“

„Weißt du nicht, Herr Müller, der...“

„Ach so! Der Herr Müller, der schnitzte der Alte verständnißlos. „Ja, mit dem werde ich bald fertig werden — ich bin gleich wieder oben, Fräulein Trudi!“ Und dann flüsterte er seinem Lehrgenossen ein Wort ins Ohr und trollte sich hinaus. —

„Wollen Sie nicht gefälligst Platz nehmen, Herr Professor?“ fragte Trudi förmlich und wies dem blonden Hans einen Stuhl am Tische an, während sie sich an dessen anderer Seite auf das Sofa setzte.

„Mein Vater hat Ihnen natürlich schon gesagt, daß meine Hoffnungen sich ganz überraschend schnell erfüllt haben.“

„Mama und Afta werden gewiß sehr bedauern, Ihnen nicht auch jetzt gleich ihre Glückwünsche aussprechen zu können.“

„Sie sind so kühl und gemessen, Fräulein Trudi — freuen Sie sich nicht ein wenig mit mir?“

„O gewiß, Herr Professor. Aber Mama und Afta sind ausgegangen und da...“

„Das hat mir die Mimma schon gesagt und ich habe mich sehr darüber gefreut, denn es verlangt mich so danach, von Ihnen allein zu hören...“

Hans war aufgesprungen und machte nun Miene, sich neben das vor Erwartung glühende Mädchen auf das Sofa zu setzen. Aber Trudi wehrte ihm das mit erheuchelter Mangellichkeit und wiederholte nur: „Mama und Afta sind ausgegangen!“

„Nun, meinnetwegen! Ich kann es Ihnen ja auch von diesem Stuhle aus sagen, was mir schon lange auf dem Herzen liegt, und was auch Sie ahnen müssen: daß ich dich von ganzem Herzen liebe, Trudi!“

„Dich?“ hauchte das Baroneschen in selbigem Schreck über den süßen, traulichen Klang dieses Wörtchens und legte

für 1 Mt. Schnaps austrinken werden. Als der Schnaps aufgetrunken war, rief, dem "Oberst. Tagel." zufolge, der eine der Wertenden sofort tot liegen, während der zweite an anderen Morgen im städtischen Krankenhaus starb. — Wegen schwerer Mißhandlung von Schülern verurtheilt das Landgericht W a n g e n den Kirchschullehrer S u s c h e aus Kleinlangen zu sechs Monaten Gefängniß. S. hat eine Anzahl Kinder mit einem dicken Rohrstock so zugerichtet, daß sie an Auenhantentzündung erkrankten, Verleumdung der Hand und bubenweise harte Schwielen z. B. hervorbrachten. Der schon erkrankte Mann hatte sich förmliche Systeme zur Mißhandlung erkauft. Einen Knaben ließ er 1 1/2 Stunden "Autenstücken", dann zog er von einer Wand zur anderen einen Bindfaden unter den Nasen der Kinder durch die Schultstube, um dadurch das Stillstehen zu erzielen. Der Angeklagte ist bereits im September vorigen Jahres wegen der Mißhandlungen mit fünf Monaten bestraft worden. Auf eingehende Revision hatte aber das Reichsgericht wegen eines formellen Grundes die Sache zurückverwiesen. — Auch eine Konkurrenz "Ullthe". Der Barrikadenkämpfer in Mothentirchen (Oberfranken) wurde schlag verhaftet und geschossen ins Gefängniß nach Ludwigsstadt verbracht. Er ist verbächtlich, seinen Gehäusen für ins Wasser gestossen zu haben, weil dieser die Abfahrt ausgesprochen hatte, ein eigenes Wärbereitschaft in Mothentirchen zu gründen. Der Gehäuse erkrankte. — Geschäftliches. Von P e t e r s b u r g wird der "Münchener Post" betreffs Kaufgebühren geschrieben, daß an den Herrn W a t e r 1 Mark 20 Pf., an den Kaplan, in Summa 2 Mt. 70 Pf., zu entrichten sind. Nach Angabe der Behörde werden genannte Gebühren nur bei außerordentlichen Kindern erhoben, bei ehelichen Euphysien kostet das Taufen die Hälfte. Ist es angebracht, ledige Mütter auf solche Art und Weise zu strafen, die oft schon ohnehin nicht zu beneiden sind? — Ein trauriges Familiendrama spielte sich am Sonntagabend in S u l z b a c h bei Saarbücken ab. Die Frau eines Dienstmädchens erschlug sich und ihre drei Kinder durch den Tod von dem Manne zu befreien. Sie band zwei der kleinen Kinder aneinander und warf das Bündel in einen Weiher; darauf sprang sie mit dem kleinsten Kinde selbst ins Wasser. Alle vier ertranken. Die Mutter stand kurz vor einer neuen Entbindung. — In M e y schloß Freitag Vormittag gegen 11 1/2 Uhr auf der Todtenbrücke der B ä d e r m e i s t e r von der Heide auf ein Mädchen, das er verlobt hatte. Das Mädchen schrie um Hilfe, von der Heide schrie nun den Heiliger gegen sich und schloß sich in die Schläfe. Der aufscheinend nur leicht Verwundete wurde ins Spital gebracht. — Die gefährliche Cigarette. In M a g n a promanierte kürzlich ein Arbeiter, eine Cigarette rauchend. Wählgeländerte diese, und der Arbeiter wurde mit zertrümmertem Knie ins Spital gebracht, wo er in der nächsten Nacht starb. Allem Anscheine nach hatte die Cigarette einen Explosivstoff enthalten. — General K u n e n k o w, der Erbauer der transkaspiischen Bahn, dessen Millionen-Unternehmungen von jungen Jahren Ansehen erregte, ist in Petersburg im Alter von 64 Jahren gestorben. — Aus K i e w wird gemeldet: Der Schauspieler M o s t i s k i n J u s t a r w u n d e vom Theater des Petersburger Theaters, Malow, erschossen. Der Mörder, dessen Frau in K i e w engagirt ist, war zur Ausführung der That eigens nach K i e w gereist. Als Motiv der That gilt Eifersucht. — Ein Erdbeben auf dem P e r l e p o n e s hat (nach einem Telegramm aus Athen) furchterliche Verheerungen angerichtet. Mehrere Dörfer sind gänzlich, viele theilweise zerstört. Viele Menschen sind verunglückt. — Sturm in E n g l a n d. In verschiedenen Theilen Englands herrschte während der Nacht zum Sonntag heftiger Sturm. Mehrere Fische sind ausgezogen; über die Entziehung des Feuers verurteilt nichts bestimmtes. — Neun Millionen Mark für Schulen und Hospitäler hat der jüngst in N e w - Y o r k verstorbenen Daniel W. F a y e r w e a t h e r hinterlassen. Von seinem drei Millionen Dollar betragenden Vermögen wurden 2 1/2 Millionen für beratige Zwecke bestimmt. Alle Auktion von derartigen Testamenten von materialistischen Vantees? — In einer elenden Hütte in der verfallenen Stadtlagere von N e w - O r l e a n s in den Vereinigten Staaten starb dieser Tage eine der Schwindsucht verfallene, durch Heberarbeit und Entbehrungen bis zum Skelett abgemagerte Frau Namens A l i c e D e v e n y. Obwohl königliches Blut in ihren Adern floß, war sie doch nur die Frau eines einfachen Zimmermanns geworden und hatte als solche den größten Theil ihres Lebens in Armut zugebracht, um endlich einarm und verlassen in tiefstem Elend aus dem Dasein zu scheiden. Alice Deveny war das einzige Kind jener berühmten Tänzerin Lola M o n t e z, die vor etwa vierzig Jahren die Welt von sich reden machte, weil sie die Geliebte des Bayernkönigs war.

Zuchthauskurse.

Vor dem Berliner Schöffengericht standen dieser Tage zwei Maurer unter der Anklage der Nöthigung und des Vergehens gegen § 153. ihren Vorkopf in die hohlen Hände vor sich auf die Tischplatte. Und nun setzte sich der Professor dennoch neben sie auf das Sofa, trotzdem Mama und Alia ausgegangen waren; ja, er legte sogar den Arm um ihre schlank Taille und redete weiter: "Ja, dich liebe ich, Trudi, du süßer Schatz, und du" sage ich ganz keck zu dir, weil ich weiß, daß du mir das nicht übelnehmen wirst, so lange und so gut, wie wir uns kennen. Ich hätte es auch wohl schon früher sagen können, ohne daß du mir besonders böse gewesen wärest, aber ich wollte erst gegen deine siebenzählige Krone auch meinen Trumpf auszuspielen haben! Und Professor ist doch auch ein hübscher Titel! Daß du mir gut bist, das habe ich schon lange in deinen Augen gelesen, ob du aber auch meine Frau werden magst, das mußst du erst noch ausdrücklich sagen. Willst du wohl, Mädchen?" Aber sie verharrte in ihrer straßenhaften Unsichtbarkeit und die Hand des Liebenden, welche ihre Schulter drückte, fühlte, wie die zarte Gestalt leise erzitterte und die Schulter zuckte. "Du weinst doch nicht, Trudi?" "Doch," sagte sie ganz leise und erhob langsam, tief aufseufzend, ihr glühendes Gesichtchen. Und wirklich, es rannen zwei Thränen über die Wangen; aber die weinenden Augen lachten, die zuckenden Lippen lachten, und was sie so beredt verschwiegen, das war ein jubelndes "Ja" auf die Frage des Geliebten. Er ergriff ihre beiden Hände und versenkte seinen leuchtenden Blick in das feuchte Blau ihrer Augen. "Und glaubst du, daß die Excellenz Mama nichts dagegen haben wird?"

Des letzteren Vergehens sollten sie sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie Arbeitswillige, die nicht an einem Ausstande theilnahmen, durch Drohungen zur Arbeits-Einstellung haben bewegen wollen. Die auf Nöthigung lautende Anklage mußte der Staatsanwalt selbst fallen lassen, ebenso gegen den einen der beiden Angeklagten den zweiten Theil der Anklage. Der Staatsanwalt beantragte gegen den einen Angeklagten, obgleich auch gegen ihn nicht ein einziger Schuldbeweis erbracht war, wegen Bedrohung eine Gefängnißstrafe von neun Monaten. In seinem Plaidoyer führte er aus: Erst neuerdings sei wieder auf die Nöthwendigkeit hingewiesen worden, die "Arbeitswilligen" vor den Befähigungen durch die Streikposten zu schützen, die, anstatt für ihre Familien zu sorgen, sich aus der Streikkasse müssen. Bei der Abschätzung der Strafe müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß sie abschreckend wirken sollte. Der Gerichtshof hielt den Thatbestand der Nöthigung allen Erstes für erwiesen und verurtheilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängniß. Unter dem Zuchthauskurse hat man sich über derartige Urtheile ja nicht mehr wundern. Die Begründung des Staatsanwalts ist aber doch sehr charakteristisch, weil sie sich ganz zweifellos auf die bekannte Redeweise des Kanzlers bezieht.

Der selbe Instanz. Am Folgenden bringen wir zwei Urtheile, die erheblichen Anlaß zum Nachdenken geben: 1. Ein Standalprozess hatte am 20. d. Mts. vor der Strafammer in Heiligenstadt eine ungewöhnlich zahlreiche Zuhörermenge angezogen. Es handelte sich um mehrere Diebstähle, ausgeführt von einer in guten Verhältnissen lebenden Beamtentochter aus Dingelstadt, deren Fugivität und Kleptomane den Ruf einer angesehenen Familie zerstört haben. Der am meisten belastende Fall betrifft die Entwendung eines Betrages von Mark 150 aus dem Schreibsekretär des Kaufmannes S., in dessen Hause die Angeklagte wohnte. Ein kleines, krankes Kind, das in dem betreffenden Zimmer lag, hatte durch Zufall den Diebstahl aufgedeckt. Der Verurtheilte erhielt Inhaft den Verdacht auf andere Personen lenken sollte. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate, das Urtheil lautete auf sechs Wochen Gefängniß. — Und nun das 2. Urtheil: Die Gärtnerchefin C. m. Kaufmann in D. residen hatte, um sich und ihren Angehörigen den Hunger zu stillen, auf den Namen eines Meißener Restaurateurs zwei Brode im Werte von Mk. 1.32 von einem Bäckermeister Gänther in Meissen entnommen. Die Angeklagte, die weinend erklärt, sie habe nicht gewußt, woher sie etwas zum Leben nehmen sollte, wird von der VI. Strafammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Becker zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Arme ist gebrandmarkt für's Leben; noch weit brennender aber ätzender und ist das Brandmal, das auch dieser Prozess auf's Neue der bürgerlichen Gesellschaft aufgedrückt hat, denn wie so oft schon, so war auch diesmal diese, die "göttliche Weltordnung", es wieder, die auf der Missethäterin saß, der das Urtheil gesprochen wurde. — Und dann vergleiche man das Strafmaß mit dem oben mitgetheilten! Dort nur 6 Wochen, obwohl ein ganz gemeiner Diebstahl vorlag und hier 3 Monate, obwohl die Kermisse nur ihren grimmen Hunger zu stillen versucht hatte. Dem denket nach!

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. bis 21. Januar 1899.

- #### Geburten.
- a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
10. Januar. Kaufmann Johannes Benediktus Feldmeier.
12. Tischergeselle Johann Friedrich Christian Heiden.
13. Restaurateur Wilhelm Heinrich Friedrich Borgwardt. Revisionen-Aufseher Gustav Boginski.
14. Gärtner Wilhelm Christian Friedrich Jacobien. Arbeitsmann Friedrich Carl (Heinrich) Schwaninger.
Schäntwirth Johannes Friedrich Carl Val. 15. Schlossergeselle Wilhelm Heinrich Frauß Niedermann. Kaufmann Johann Paul Leberedt Straß. Kupferschmied Johannes Heinrich Carl Göttschow. Wäckermeister Friedrich Wilhelm Hermann Meeser. Arbeitsmann

- Johann Joachim Friedrich Steinsalt. Schuhmachermeister Johann Heinrich Christoph Schworz. 16. Geometer Carl August Franz Harber. Arbeitsmann Heinrich Friedrich Steubed. Arbeitsmann Carl Wilhelm Sabrowski. 17. Tischergeselle Paul Ferdinand Ludwig Minow. Arbeitsmann Ludwig Carl Joachim Weber. Tischler Ferdinand Reichmann. 18. Metzger Carl Heinrich Wilhelm Roods. Arbeitsmann Johann Christian Theodor Tabs. Metzger Georg Gottlieb Koch

- b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.
28. Dezember. Schneidergehülfe Hugo Herz. Januar 1899:
8. Arbeitsmann Adolph Johannes Carl Spindler. 10. Kaufmann Wilhelm Duhms. Schlachter Friedrich Johann Wilhelm Gath. 11. Arbeitsmann Heinrich Mathias Remus Grossmühl. 12. Formner Carl Ferdinand Neubert. Wäcker Christian Martin Vahr. 13. Wäcker Franz Friedrich Christian Peter Karny. 14. Tischlergehülfe Heinrich Joachim Paul Jethen. Handlungsvreisender Johannes Macene Wilhelm Erichsen. 15. Kunstgärtner Johann Friedrich Hermann. Kaufmann Johann Heinrich Wilhelm Müller. 16. Arbeitsmann Johann Friedrich Hermann Tamn. 17. Tischlergehülfe Johann Peter Hoff.

- #### Storbefälle.
11. Januar. Cornelia geb. Franke, Wittwegeb. penf. Lehrers Johann Gottfried Franz Richter, 82 J. Auguste Denny Metha Anna Maria, 3 J. Anna Sophia geb. Bauer. Wittwe des Schneiders Johann Peter Wäh, verw. gewes. Kräftefeldt, 88 J. Edward Carl Theodor Thiesien, 8 J. 15. Robert Max Wendehorn, 7 M. Margaretha Christiana geb. Bagt, Wittve des Wäckermeisters Johann Christian Heinrich Carlhoff, 96 J. Ein todtgeb. Mädchen, 2. Tischhändler Johann Wilhelm Friedrich Schauer, weter Antiquar Antine Wilhelmine Appel, 1 J. 18. Mendant des Meer- und Fischhändlers St. Annen Carl Friedrich Joseph Patten, 60 J. Raphael Gutkows, 1 J. Anna Catharina Sophie geb. Dreyes, Chirurgen des Tischlergehülfe Josef August Mojol, 33 J. Antiker Johann Heinrich Allow, 57 J. Arbeitsmann Johann Carl Peter Meyer, 67 J. Auguste Johanna Elise Bäumer, 18 J. Arbeitsmann Fritz Seiffert, 19 J. 17. Elsa Henriette Luise Rodmo, 16 J. Hedwig Caroline Anna Sauerader, 1 J. 8 M. Marie Bertha Angulle Braack, 3 M. Arbeitsmann August Goebel, 24 J. 18. Heinrich Steubed, 2 J. Ein todtgeborenes Mädchen, 2. Wäcker-Feldweber Felix Karl Ludwig Maximilian Seideberg, Dorothea Maria Catharina geb. Kloppenburg, Wittve des Schuhmachermeisters Christian Friedrich Klein, 81 J. Anna Dorotha Johanna Donop, 76 J. Arbeitsmann Johann Jacob Friedrich Krieger, 59 J. 19. Sophia Maria Elisabeth, geb. Baars, Wittve des Arbeitsmanns Friedrich Christian Meyer, 71 J. Alfred Johann Christian Kelling, 7 M. Arbeitsmann Carl Johann Friedrich Müller, 77 J. Privatier Wilhelm Johann Christian Meiring, 67 J. 20. Marie Wilhelmine Lisette geb. Antis, Ehefrau des Schlossergesellen Johann Friedrich Wilhelm Gersdorf, 43 J. 21. Catharina Catharina Elisabeth Käselan, 1 J. 2 M. Emilins Friedrich Heinrich Barzel, 3 J.

Angedruckte Angebale.

Januar. 16. Kaufmann Carl Heinrich Friedrich Meyer und Caroline Marie Margaretha Pfaffenberger zu Hamburg. Eisenbahn-Wagenführer Heinrich Eduard Hermann Bäumer und Elisabeth Charlotte Johanna König. Fabrikarbeiter Arthur Gustav Adolph Heinrich zu Naar und Catharina Maria Margaretha Bröder zu Alfeld. 18. Arbeiter Johann Dymarz zu Morzgen und Joseph Maria von Groß-Whjoda. Arbeiter Ignaz Lorenz und Maria Longel, beide zu Tschelden. Hölzer Johann Joachim Christian Hühn und Maria geb. Beck, des Gärtners Johann Ludwig Maria Laag geschiedene Ehefrau. 19. Eisenhändler August Adolph Heinrich Hühn und Caroline Catharina Maria Elise Wilms. 20. Klempnergehülfe Carl Johannes Heinrich Poppe und Ulrike Sophia Maria Wentin. Arbeiter Johann Carl Friedrich Christian Bariels und Wilhelmine Henriette Alwine Meier.

Echelicheitungen.

Januar. 16. Brauer Christian Heinrich Wilhelm Gasemann zu Hensburg und Marie Renate Mittrich. 17. Arbeiter Hermann Heinrich Christian Schröder und Vertha Emma Howoldt. Straßendahnwagenführer Johann Friedrich Christian Mohrath und Louise Marie Catharine Almann zu Neuborf. 18. Feuerwehmann Hermann Johann Wilhelm Noll und Olga Hermine Pauline Zahn zu Zoraeborf. 19. Kleiner Wilhelm Johannes Carl Grähn zu Hamburg und Mary Wilhelmine Auguste Versteinen. 20. Wäckerhalter Gottlieb Gustav Robert Schröder und Caroline Dorothea Anna Kipp. Lehrer Christian Heinrich Wilhelm Troy und Ulrike Elise Anna Sophie Warner. Kunst- und Landwirthschaftsgehilfen Ludwig Friedrich Carl Dehn und Marie Sophie Caroline Christiane Dorothea Margarethe Auguste Kötter. Briefträger Hans Peter Heinrich Maas zu Schlutup und Luise Maria Caroline Meyburg Schiffskatler Joachim Johann Friedrich Ernst August Wahnke und Margaretha Dorotha Elisabeth Schütt zu Poggensee. Wäcker Carl Heinrich Moritz John und Auguste Mathilde Friederike Dabelstein. Heizer Julius Hermann Donales und Christine Caroline Elisabeth geb. Neumann, des Arbeiters Remus Heinrich Kipp Wittve. Kaufmann Otto Friedrich Johann Hoff zu Wairin und Mathilde Luise Emilie Bertha Lehroff zu Dortmund. 21. Zimmermann Gottfried Krieger und Elisabeth Catharina Wilhelmine Start. Schlossergeselle Hermann Carl Ernst Siegel und Luise Catharine Magdoleue geb. Kähler, des Wäckertheilens Heinrich Ludwig Friedrich Schleich Wittve. Maschinist Joachim Heinrich Georg Fohsht und Caroline Sophia Dorothea Derott.

rief der Major aus, indem seine Augen immer wieder und wieder die wenigen Zeilen überflogen, die auf der goldgeränderten Karte gedruckt waren, welche ihm soeben Lauten schläger auf den Kaffeetisch gelegt hatte. "Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter Gertrud mit Herrn Professor Doktor Hans Diedrichsen beehrt sich hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen
Mathilde, verw. Freifrau von Verfen geb. Freiin von Brod."

Und auf der andern Seite, angebogen, beehrte sich der Doktor Hans Diedrichsen, Professor der Zoologie an der Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, der Sicherheit halber dasselbe noch einmal anzuzeigen.
Und darunter stand mit Bleistift flüchtig hingekritzelt:
"Vorläufig dies mit schönstem Gruß,
Die Trudi folgt ihm auf dem Fuß!"

"Das ist der erste vernünftige Einfall, den die Verfen seit Jahr und Tag gehabt haben," brummt der Major laut vor sich hin. "Ich könnte fast der Trudi zuliebe mich erweichen lassen und der charmannten, unvernuünftigen Mama noch einmal aus der Klemme helfen."
(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 17. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Der eigentliche Nährboden. — Justus Möler als Geschichtphilosoph. Von P. Kampffmeier. — Herr Oppenheimer, der neue Ueberwinder des Kampffmeier. Von J. Karstl. — Ein Wort für die sozialistische Arbeiterpartei in Amerika. Von Frank Letwin (San Antonio, Texas). — Litterarisches Rundschau. — Feuilleton Westfälische Streifzüge. Von Franz Wehring. (Fortsetzung.)